



N i e d e r s c h r i f t

**der 52. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
27.03.2019**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 14:00 Uhr bis 21:21 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Katja Müller	Vorsitzende des Stadtrates, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister
Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Christoph Bernstiel	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme von 14:11 Uhr bis 19:43 Uhr
Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
André Cierpinski	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Eberhard Doege	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Hajek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme bis 19:14 Uhr
Dr. Michael Lämmerhirt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme bis 21:21 Uhr
Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme bis 19:43 Uhr
Frank Sänger	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme bis 21:21 Uhr
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme bis 21:21 Uhr
Andreas Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Michael Sprung	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme bis 21:21 Uhr
Gernot Töpfer	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme bis 18:57 Uhr
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünsch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Erwin Bartsch	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme bis 21:08 Uhr
Dirk Gernhardt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme bis 19:07 Uhr
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme bis 15:47 Uhr
Renate Krimmling	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Sten Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Fabian Borggrefe	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Teilnahme bis 20:13 Uhr
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Katharina Hintz	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Gottfried Koehn	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

Johannes Krause
Torsten Schiedung
Annika Seidel-Jähnig

Kay Senius
Dr. med. Detlef Wend
Marko Rupsch
Wolfgang Aldag

Dr. Inés Brock
Christian Feigl
Dennis Helmich
Melanie Ranft

Dr. Regina Schöps
Prof. Dorothea Vent

Yvonne Winkler
Tom Wolter
David Hügel
Gernot Nette
Alexander Raue
Gerhard Pitsch

Verwaltung

Egbert Geier
René Rebenstorf
Olaf Kummer
Dr. Judith Marquardt
Alexander Frolow
Sabine Ernst
Oliver Paulsen
Martin Heinz
René Simeonow
Marco Schreyer
Daniel Zwick
Maik Stehle

Gäste

Dipl.-Wirtsch.Ing. Jörg Siebenhüner

Entschuldigt fehlten:

Harald Bartl
Frigga Schlüter-Gerboth

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale),
Teilnahme bis 18:29 Uhr
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Teilnahme bis 21:21 Uhr
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Teilnahme bis 21:21 Uhr
Fraktion MitBÜRGER
Fraktion MitBÜRGER ,
Teilnahme ab 14:15 Uhr
Fraktion MitBÜRGER
Fraktion MitBÜRGER
AfD Stadtratsfraktion Halle
AfD Stadtratsfraktion Halle
AfD Stadtratsfraktion Halle
Stadtrat

Beigeordneter für Finanzen und Personal
Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Stadtplaner
Beigeordnete für Kultur und Sport
Leiter Fachbereich Bildung
Leiterin Büro des Oberbürgermeisters
Grundsatzreferent des Oberbürgermeisters
Leiter Fachbereich Immobilien
amt. Leiter Fachbereich Rechnungsprüfung
Leiter Fachbereich Recht
Leiter Dienstleistungszentrum Klimaschutz
Protokollführer

Geschäftsführer IT-Consult Halle GmbH

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)

zu **Einwohnerfragestunde**

zu **Sharon Kretzschmar zur Dieselstraße**

Bezugnehmend zu den Tagesordnungspunkten 8.5 bis 8.8 sagte **Frau Kretzschmar**, dass hier ein Verfahrensfehler vorliegt, sollten die angepassten Auswirkungsanalysen der BBE und von Dr. Acocella nicht erneut ausgelegt worden sein.

Herr Rebenstorf antwortete, dass diese Analysen nicht erneut öffentlich ausgelegt werden mussten, da sie keine wesentlichen Änderungen gegenüber dem vorhergehenden Gutachten enthielten. Er widersprach klar der Darstellung, dass hier ein Verfahrensfehler vorliegt. Es ist daher auch keine erneute Offenlage nötig gewesen.

zu **Sebastian Litzenberg zur Dieselstraße**

Herr Litzenberg bezog sich auch auf die Tagesordnungspunkte 8.5 bis 8.8 und fragte, ob die neuen bekannten Daten und die daraus resultierenden Auswirkungen auf die Innenstadt und die bestehenden Versorgungsbereiche in der angepassten BBE Auswirkungsanalyse berücksichtigt worden sind.

Herr Kummer erläuterte das Prozedere.

Herr Lützenberg sagte, dass in der Sitzung des Planungsausschusses vom 12.03.2019 die grundsätzliche Frage mit einer Falschaussage beantwortet wurde und fragte, welche Konsequenz der Stadtrat aus diesen Aussagen ableiten wird und wie diese Verfahrensfehler beglichen werden sollen.

Herr Rebenstorf wies den Vorwurf der Falschaussage zurück. Die heutigen Aussagen von Herrn Kummer erfolgten auch im Ausschuss für Planungsangelegenheiten.

zu Kathrin Schulze zur Dieselstraße

Bezugnehmend auf die Tagesordnungspunkte 8.5 bis 8.8 sagte **Frau Schulze**, dass hier ein Verstoß gegen die Ziele der Raumordnung vorliege. Sie fragte, ob der Rat tatsächlich einem Bebauungsplan zustimmen wird, welcher keinem städtebaulichen Erfordernis unterliegt und somit gegen geltendes Recht verstößt.

Herr Kummer antwortete, dass das Planungserfordernis in der Vorlage dargestellt ist. Er sagte weiter, dass das Vorhaben mit den Zielen der Raumordnung unter bestimmten Maßgaben vereinbar ist. Die Stadtverwaltung hat diese Maßgaben umgesetzt. Seitens des Ministeriums für Landesentwicklung und Verkehr gab es keinen Widerspruch.

zu Johann Gebhardt zur Innenstadt

Herr Gebhardt fragte als Bewohner vom Graseweg, wie die Verwaltung die Sondergenehmigungen auf Freiplatznutzung der vorhandenen Gastronomie ab 22 Uhr kontrollieren möchte und wie die personelle Situation des Ordnungsamtes hier verbessert werden kann. Die Freiflächen werden tages- und jahreszeitabhängig vermehrt genutzt und es kommt zu Lärmbelästigungen von 24-2 Uhr in der Früh.

Frau Ernst sagte, dass die Dienstzeiten des Ordnungsamtes erweitert wurden und die Stadtwache ab Mitte April ein Büro im Stadthaus beziehen wird. Das gesamte Areal des Marktplatzes und Hallmarktes sowie Nebenstraßen werden bestreift. Sie bedankte sich für den Hinweis und sagte eine Prüfung zu.

zu Robin May zur Hafestraße

Herr May sprach zur wahrscheinlichen Grundwasserkontaminierung im Zuge der Bauarbeiten in der Hafestraße direkt neben dem Monitor (Flurgrundstück 12, Flurstücke 34/28/27). Die dort vorhandene Lehmgrube wurde als Abfallgrube der alten Gasanstalt 1 nachgenutzt und später mit kontaminierten Abbruchresten derer zugeschüttet. Laut dem Umweltbericht zum B-Plan 151 ist dieser Bereich umweltgeschädigt und das Grundwasser stark belastet. Er fragte, warum die Abfälle einer Gasanstalt weiter im Boden bleiben dürfen.

Herr Rebenstorf sagte eine schriftliche Antwort zu.

zu Rodney Thomas zum Haushalt

Herr Thomas forderte dazu auf, dass der Stadtrat in enger Zusammenarbeit mit der Verwaltung an einer Problemlösung des Haushalts arbeitet. Die Kritik der SPD an der Doppik sollte unterlassen werden.

Herr Geier sagte, dass die Doppik Elemente der Kameralistik und dem Handelsrecht beinhaltet. Im öffentlichen Bereich geht es nicht nur um die wirtschaftliche Tätigkeit, sondern auch um die Wahrung hoheitlicher Aufgaben.

zu **Claudia Rohrbach zum Ostermarkt**

Frau Rohrbach fragte nach dem weiteren Vorgehen der Verwaltung zur Entscheidung des Verwaltungsgerichtes zum verkaufsoffenen Sonntag zu Ostern und ob Händler oder Bürger behilflich sein können.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies auf das Ladenschlussgesetz, welches besagt, dass viermal im Jahr sonntags begründet die Läden öffnen dürfen. Die Gerichtsentscheidung des Verwaltungsgerichts hat die Verwaltung ebenfalls überrascht, da dies eine erste Entscheidung in Richtung Innenstadt war. Er führte weiter aus, dass klare Verkaufsanalysen vorliegen müssen und eine Messung von Besucherströmen durchgeführt werden muss. Es müsste nachgewiesen werden, dass die Besucher vorrangig den Ostermarkt besuchen und nicht die Geschäfte. Der Fachbereich Recht prüft aktuell, ob in Form einer Beschwerde dagegen vorgegangen werden kann. Zudem könnte das Land das Gesetz ändern.

zu **Winfried Pethe zur Bruckdorfer Straße**

Herr Pethe fragte, ob in der Bruckdorfer Straße wieder eine Einbahnstraßenregelung in Richtung Rudolf-Ernst-Weise-Straße eingeführt werden könnte. Durch die Baumaßnahme in der Merseburger Straße wurde die Einbahnstraßenregelung aufgehoben und viele Autofahrer kürzen über die Bruckdorfer Straße ab und nutzen nicht die ausgeschilderte Umleitungsstrecke. Er fragte weiter nach den Planungen bezüglich der Busse, die aus der Maybachstraße stadtauswärts fahren wollen. Diese haben durch die Umleitung bereits jetzt Probleme die Rudolf-Ernst-Weise-Straße stadtauswärts zu passieren.

Zuletzt bat **Herr Pethe** um Beantwortung seiner Anfragen aus der Stadtratssitzung vom 27.06.2018.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand lud Herrn Pethe zu einem Gespräch ein, um die Situation gemeinsam zu erörtern.

zu **Karina Hädicke zu weiterführenden Schulen**

Frau Hädicke sprach zur Thematik weiterführender Schulen, Aufnahme in die 5. Klasse und appellierte an Rat und Verwaltung, dass Schulplätze wie gewünscht zur Verfügung gestellt werden sollten. Aktuell sind 160 Kinder noch nicht untergekommen.

Herr Frolow sagte, dass die Problematik bekannt ist und entlastende Maßnahmen geprüft werden. Es gibt in den Sekundar- und Gemeinschaftsschulen noch frei verfügbare Plätze.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 52. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde vom stellvertretenden Vorsitzenden, **Herrn Dr. Rüdiger Fikentscher**, eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 55 anwesenden Stadträtinnen und Stadträten (96,49%) fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Dr. Fikentscher schlug vor, folgende Punkte von der Tagesordnung zu nehmen:

TOP 9.2

Antrag der Fraktionen DIE LINKE; SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Waldbeirat
Vorlage: VI/2018/04550

- ➔ **Vorschlag: vertagen**
- ➔ **in den Fachausschüssen vertagt**

TOP 9.3 + ÄA 9.3.1

Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Vorkaufsrecht für bedeutsame Immobilien

Vorlage: VI/2019/04757

- ➔ **Vorschlag: vertagen**
- ➔ **in den Fachausschüssen vertagt**

TOP 9.7

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Prüfung der Einrichtung eines Ressourcenpools für Vereine und ehrenamtliche Initiativen

Vorlage: VI/2019/04766

- ➔ **Vorschlag: vertagen**
- ➔ **im Hauptausschuss vertagt**

TOP 9.11

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Kommunalen Investitionsimpuls

Vorlage: VI/2019/04889

- ➔ **Vorschlag: vertagen**
- ➔ **im Finanzausschuss vertagt**

Im Weiteren machte **Herr Dr. Fikentscher** auf folgende zwei Dringlichkeiten aufmerksam und bat um Abstimmung zur Aufnahme auf die Tagesordnung:

Genehmigung einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2019 im Fachbereich Bildung

Vorlage: VI/2019/04928

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
2/3 Mehrheit

Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen

Vorlage: VI/2019/05036

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
2/3 Mehrheit

Zuletzt verwies **Herr Dr. Fikentscher** auf folgende Änderungen und Ergänzungen:

TOP 8.3

Vergabe des neuen Straßennamens Dr.-Klaus-Peter-Rauen-Straße
Vorlage: VI/2018/04698

→ **Änderungsantrages der Fraktion MitBürger unter TOP 8.3.1 wurde übernommen**

TOP 8.5

Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 30 Sonderbaufläche
Großflächiger Einzelhandel, Dieselstraße – Abwägungsbeschluss
Vorlage: VI/2019/04739

→ **Änderungen in der Sachdarstellung, der Abwägung und um Anlage 7 ergänzt**

TOP 8.7

Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 177 Sondergebiet SB-Warenhaus Dieselstraße -
Abwägungsbeschluss
Vorlage: VI/2019/04651

→ **Änderungen in der Sachdarstellung, der Abwägung und um Anlage 7 ergänzt**

TOP 9.4

Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Garagengrundstücksnutzung
von Garagengemeinschaften in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2018/04656

→ **hierzu liegt ein Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion vor, TOP 9.4.1**
→ **Änderung im Beschlussvorschlag**

TOP 9.8

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Verzicht auf Verkäufe von Anteilen
kommunaler Unternehmen im Rahmen der Konsolidierungsmaßnahmen
Vorlage: VI/2019/04868

→ **Änderung des Beschlussvorschlages**

TOP 10.1

Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Einrichtung eines Behindertenbeirates sowie eines
Netzwerkes Inklusion
Vorlage: VI/2019/04964

→ **hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vor**
→ **Behandlung unter TOP 10.1.1**

TOP 10.12

Antrag der Fraktion MitBürger zur Errichtung einer Park & Bike-Station
Vorlage: VI/2019/04912

→ **hierzu liegt ein Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion vor, welcher
übernommen wurde**

Herr Scholtyssek zog den Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Sicherstellung des
kostenfreien Amtsblattbezuges unter dem Tagesordnungspunkt 9.1 zurück.

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Dr. Fikentscher** bat um Abstimmung der geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Es wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Wahl der/des Vorsitzenden des Stadtrates der Stadt Halle (Saale)
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
 - 4.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 30.01.2019
 - 4.2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 27.02.2019
5. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
 - 5.1. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 27.02.2019
Vorlage: VI/2019/04971
6. Bericht des Oberbürgermeisters
7. Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters
8. Beschlussvorlagen
 - 8.1. Änderung des Gesellschaftsvertrages der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle
Vorlage: VI/2019/05003
 - 8.2. Besetzung von Aufsichtsgremien (Beirat) der Bäder Halle GmbH
Vorlage: VI/2019/04946
 - 8.3. Vergabe des neuen Straßennamens Klaus-Peter-Rauen-Straße
Vorlage: VI/2018/04698
 - 8.3.1. Änderungsantrag der Fraktion MitBürger zur Beschlussvorlage Vergabe des neuen Straßennamens Dr.-Klaus-Peter-Rauen-Straße (VI/2018/04698)
Vorlage: VI/2019/04961
 - 8.4. Verzicht auf Variantenbeschluss zum Quartiersspielplatz Südpark
Vorlage: VI/2018/04735
 - 8.5. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 30
Sonderbaufläche Großflächiger Einzelhandel, Dieselstraße - Abwägungsbeschluss
Vorlage: VI/2019/04739
 - 8.6. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 30
Sonderbaufläche Großflächiger Einzelhandel, Dieselstraße - Feststellungsbeschluss
Vorlage: VI/2019/04740

- 8.7. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 177 Sondergebiet SB-Warenhaus Dieselstraße - Abwägungsbeschluss
Vorlage: VI/2018/04651
- 8.8. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 177 Sondergebiet SB-Warenhaus Dieselstraße - Satzungsbeschluss
Vorlage: VI/2018/04652
- 8.9. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 191 Kröllwitz, Wohnbebauung Untere Papiermühlenstraße - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VI/2019/04748
- 8.10. Einziehung des selbständigen Parkplatzes Ibsenweg
Vorlage: VI/2019/04792
- 8.11. Widmung der Gudrun-Goeseke-Straße
Vorlage: VI/2019/04794
- 8.12. Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.01.2019 bis 31.12.2019
Vorlage: VI/2018/04387
- 8.13. Namensgebung der Zweiten Integrierten Gesamtschule
Vorlage: VI/2018/04559
- 8.14. Genehmigung einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2019 im Fachbereich Bildung
Vorlage: VI/2019/04928
- 8.15. Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: VI/2019/05036
9. Wiedervorlage
- 9.1. Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Sicherstellung des kostenfreien Amtsblattbezuges
Vorlage: VI/2019/04839
- 9.2. Antrag der Fraktionen DIE LINKE; SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Waldbeirat
Vorlage: VI/2018/04550 **vertagt**
- 9.3. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Vorkaufsrecht für bedeutsame Immobilien
Vorlage: VI/2019/04757 **vertagt**
- 9.3.1. Änderungsantrag der Fraktion MitBürger zum Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Vorverkaufsrecht für bedeutsame Immobilien
Vorlage: VI/2019/04834 **vertagt**
- 9.4. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Garagengrundstücksnutzung von Garagengemeinschaften in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2018/04656

- 9.4.1. Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Garagengrundstücksnutzung von Garagengemeinschaften in der Stadt Halle (Saale) - VI/2018/04656
Vorlage: VI/2019/05034
- 9.5. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Bau eines Sportplatzes in der Silberhöhe
Vorlage: VI/2018/04659
- 9.6. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erweiterung der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Begrünung von Fassaden in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04762
- 9.7. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Prüfung der Einrichtung eines Ressourcenpools für Vereine und ehrenamtliche Initiativen
Vorlage: VI/2019/04766 **vertagt**
- 9.8. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Verzicht auf Verkäufe von Anteilen kommunaler Unternehmen im Rahmen der Konsolidierungsmaßnahmen
Vorlage: VI/2019/04868
- 9.9. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Anpassungsmaßnahmen an geänderte Klimabedingungen
Vorlage: VI/2018/04378
- 9.10. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Reaktivierung des Basketballplatzes im Bereich Unterberg
Vorlage: VI/2019/04783
- 9.11. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Kommunalen Investitionsimpuls
Vorlage: VI/2019/04889 **vertagt**
- 9.12. Antrag der Fraktion MitBürger zum Bewerbermanagement der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04877
- 9.13. Antrag der AfD Fraktion auf Erstellung einer Konzeption zur Begrenzung des Ausländeranteils in den Stadtvierteln von Halle und der Verhinderung des Entstehens von Parallelgesellschaften.
Vorlage: VI/2019/04775
- 10. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 10.1. Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Einrichtung eines Behindertenbeirates sowie eines Netzwerkes Inklusion
Vorlage: VI/2019/04964
- 10.1.1. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Einrichtung eines Behindertenbeirates sowie eines Netzwerkes Inklusion (VI/2019/04964)
Vorlage: VI/2019/05039
- 10.2. Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Europa- und Kommunalwahl am 26. Mai 2019
Vorlage: VI/2019/04969

- 10.3. Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Instandsetzung der Gehwege im Stadtteil Giebichenstein
Vorlage: VI/2019/04974
- 10.4. Antrag der Fraktion DIE LINKE zu Zwischennutzungen bei leerstehenden städtischen Gebäuden ermöglichen
Vorlage: VI/2019/04966
- 10.5. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung der Verwaltungskostensatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04967
- 10.6. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Installation von Ampelgriffen
Vorlage: VI/2019/04987
- 10.7. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Unterzeichnung der Erklärung „2030 – Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“
Vorlage: VI/2019/04988
- 10.8. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Nutzung der sanierten Pferderennbahn
Vorlage: VI/2019/04979
- 10.9. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung des Wirtschaftsverkehrs und Verbesserung der Luftqualität durch ein Förderprogramm zur Anschaffung von Transportfahrrädern
Vorlage: VI/2019/04980
- 10.10. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aufwertung des Themas Digitalisierung in der zukünftigen Stadtratsarbeit
Vorlage: VI/2019/04986
- 10.11. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu zusätzlichen Fahrradabstellplätzen am Hauptbahnhof
Vorlage: VI/2019/04991
- 10.12. Antrag der Fraktion MitBürger zur Errichtung einer Park & Bike-Station
Vorlage: VI/2019/04912
- 10.12.1. Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zum Antrag der Fraktion MitBürger zur Errichtung einer Park & Bike-Station Vorlage: VI/2019/04912
Vorlage: VI/2019/05008
- 10.13. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle zur Aufstellung einer Konzeption für die Haushaltskonsolidierung und Rückführung der Kassenkreditverschuldung der Stadt Halle
Vorlage: VI/2019/04992
- 11. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 11.1. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Vermeidung und Bekämpfung der Korruption innerhalb der Stadtverwaltung Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04951

- 11.2. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zum Einsatz nicht halleischer Feuerwehren in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04952
- 11.3. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zum kommunalen Wohnungsbau
Vorlage: VI/2019/04953
- 11.4. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Alten Schmiede in Kanena
Vorlage: VI/2019/04954
- 11.5. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zu Hochwasserschutzmaßnahmen für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04955
- 11.6. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zum Runden Tisch „Freiraumkonzept soziokulturelle Zentren“
Vorlage: VI/2019/04956
- 11.7. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Bekämpfung von illegaler Gastronomie und Diskotheken in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04970
- 11.8. Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zur Sanierung des Ufers in Planena
Vorlage: VI/2019/04957
- 11.9. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum "Gestaltungsplan Wildentenweg"
Vorlage: VI/2019/04965
- 11.10. Anfrage des Stadtrates Sten Meerheim zur Sportstätte an der Steinstraße 17 A
Vorlage: VI/2019/04968
- 11.11. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu den Sachmittelbudgets der QuartiersmanagerInnen
Vorlage: VI/2019/04983
- 11.12. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Antwort der Verwaltung auf die Anfrage zur Umsetzung des Wohnungspolitischen Konzeptes 2018 der Stadt Halle (Saale) (VI/2019/04876)
Vorlage: VI/2019/04984
- 11.13. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Finanzierung von Hochwasserfolgemaßnahmen
Vorlage: VI/2019/04972
- 11.14. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung des Konzeptes für eine Dekade kultureller Themenjahre in Halle (Saale) 2020-2030
Vorlage: VI/2019/04973
- 11.15. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beteiligung mit einem Projekt am Bundesprogramm "Blaues Band Deutschland"
Vorlage: VI/2019/04976

- 11.16. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Sperrpfosten und Pollern an Radverkehrsverbindungen
Vorlage: VI/2019/04977
- 11.17. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung des Tourismuskonzeptes
Vorlage: VI/2019/04978
- 11.18. Anfrage der Fraktion MitBürger zu Fahrradverleihsystemen
Vorlage: VI/2019/04981
- 11.19. Anfrage der Fraktion MitBürger zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG)
Vorlage: VI/2019/04982
- 11.20. Anfrage der AfD Stadtratsfraktion zur Richtlinie in den Quartieren
Vorlage: VI/2019/04994
- 11.21. Anfrage der AfD Stadtratsfraktion zur Sonderprüfung im Halloren- und Salinemuseum
Vorlage: VI/2019/04995
- 11.22. Anfrage der AfD Stadtratsfraktion zum perspektivischen Einsatz von Dokumentenprüfgeräten in den Meldeämtern der Stadt Halle Saale
Vorlage: VI/2019/04996
- 12. Mitteilungen
- 12.1. Berichterstattung über aktuelle Bauprojekte
Vorlage: VI/2019/04799
- 12.2. Mitteilung zum IT-Konzept IT macht Schule
- 13. mündliche Anfragen von Stadträten
- 13.1. Anfrage des Stadtrates Christian Feigl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zu Baumaßnahmen in der Hafenstraße
- 14. Anregungen
- 14.1. Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Wielandstraße im Paulusviertel
Vorlage: VI/2019/04985
- 15. Anträge auf Akteneinsicht

zu 3 Wahl der/des Vorsitzenden des Stadtrates der Stadt Halle (Saale)

Herr Dr. Fikentscher stellte nochmals die Anwesenheit der Stadtratsmitglieder mit 55 anwesenden Mitgliedern fest.

Er informierte, dass **Frau Dr. Regina Schöps** von der Fraktion MitBürger als Vorsitzende des Stadtrates vorgeschlagen wurde.

Herr Dr. Meerheim schlug im Namen der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) **Frau Katja Müller** als Vorsitzende des Stadtrates vor.

Herr Scholtyssek schlug im Namen der CDU/FDP-Fraktion **Herrn Michael Sprung** als Vorsitzenden des Stadtrates vor.

Es wurde eine geheime Wahl durchgeführt.

Im Anschluss wurde die Sitzung zur Auszählung der Stimmen für 5 Minuten unterbrochen.

Herr Dr. Fikentscher informierte über die Stimmenverteilung:

Frau Müller:	33 Stimmen
Herr Sprung:	16 Stimmen
Frau Dr. Schöps:	6 Stimmen

Somit wurde **Frau Müller** als Stadtratsvorsitzende gewählt und übernahm den Vorsitz.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

zu 4.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 30.01.2019

Herr Nette erhob mehrere Einwendungen gegen die Niederschrift vom 30.01.2019.

Herr Schreyer wies darauf hin, dass gesetzlich und auch in der Geschäftsordnung geregelt ist, was in einer Niederschrift festzuhalten ist. Er sagte, dass die Einwendungen von Herrn Nette in einem Wortprotokoll festgehalten werden müssten. Er regte an, die Einwendungen zurückzuweisen.

Frau Müller bat um Abstimmung zur Zulassung der Einwendungen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Weitere Wortmeldungen zur Niederschrift vom 30.01.2019 gab es nicht, sodass diese von den Stadtratsmitgliedern bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 4.2 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 27.02.2019

Es gab keine Wortmeldungen zur Niederschrift vom 27.02.2019, sodass diese von den Stadtratsmitgliedern bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 5 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Frau Müller verwies darauf, dass die in nicht öffentlicher Sitzung am 27.02.2019 gefassten Beschlüsse vor dem Sitzungssaal ausgehängt und somit öffentlich bekanntgemacht sind.

zu 6 Bericht des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte darüber, dass mehr als 200 Anwohner an der Zukunftswerkstatt „Nördliche Neustadt“ teilgenommen haben. Zu den Themen gehörten unter anderem die „Passage Neustadt“ mit der Sanierung der Scheibe A und dem „Strukturkonzept Stadtteilzentrum“, der Stand des Hochwasserschutzes am Gimritzer Damm sowie das Stadtbahn-Projekt. Ein weiteres Thema war das Projekt „Wohncampus Muldestraße/ Begonienstraße“.

Er informierte weiter, dass am 28.02.2019 die Veranstaltungsreihe „Moonlight Watching“ vom Förderverein Pro Halle gestartet ist. „Moonlight Watching“ wird künftig regelmäßig auf öffentlichen Plätzen in den Stadtteilen stattfinden. Die Aktion soll das Interesse am neuen Planetarium fördern.

Er berichtete, dass am 28.02.2019 rund 100 Gäste am Vereinsforum teilgenommen haben. Diese informierten sich in praxisorientierten Workshops zu Themen des Vereinslebens.

Am 15.03.2019 wurde die Grundgesetzänderung für den „DigitalPakt Schule“ vom Bundesrat beschlossen. Sachsen-Anhalt erhält vor allem für den WLAN-Ausbau 137,6 Millionen Euro. Die Förderrichtlinie soll am 01.08.2019 in Kraft treten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte, dass seit dem 19.03.2019 der Baby-Notarztwagen „Felix 20“ der Björn-Steiger-Stiftung im Einsatz ist. Dieser gewährleistet einen besonders schonenden Transport der Babys in die Kliniken.

Am 19.03.2019 hat im „Hort Kinderpark“ die Zukunftswerkstatt „Südstadt“ stattgefunden. 130 Personen haben daran teilgenommen. Es wurde unter anderem über die Sanierung der Häuser am Florentiner Bogen durch die HWG und die Sanierung der ehemaligen „Mocca-Milch-Eisbar“ zum Mieterladen informiert. Weiterhin wurde das GWG-Bauprojekt „Wohngebiet am Böllberger Weg“ vorgestellt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand berichtete über die Eröffnung des „Hammer-Hotels“ für Handwerker, Monteure und Kraftfahrer am 22.03.2019 in Halle-Neustadt. Er sagte, dass das Hotel mit 46 Ein- bis Vier-Bett-Zimmern ausgestattet wurde und am Wochenende auch als Gruppenunterkunft geeignet ist.

Am 22.03.2019 fand außerdem das Richtfest für den 2. Bauabschnitt der Flutschadenssanierung MMZ für zwei neue Gebäude statt. Die Kosten für die Sanierung belaufen sich auf etwa 14,8 Millionen Euro Fluthilfemittel. Der Bauabschnitt soll im Mai 2020 fertiggestellt sein.

Er informierte weiter über die Delegation der Partnerstadt Jiaxing, welche sich am 22.03.2019 in das Gästebuch der Stadt eingetragen hat. Die Stadt Halle (Saale) hat eine Einladung zur Feier anlässlich der 10-jährigen Städtepartnerschaft in Jiaxing im November 2019 erhalten. Die Delegation hat unter anderem die Hallesche Wasser- und Stadtwirtschaft GmbH sowie das Stadtmuseum besucht.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte, dass 141.789 Personen die „Lichterwelten“ im Bergzoo Halle besucht haben. Das waren 50 % mehr als im vergangenen Jahr. Mehr als 350 Figuren aus Ballonseide und LED-Lampen beleuchteten den Reilsberg. Für 2020 ist eine Neuauflage der „Lichterwelten“ im Bergzoo Halle geplant.

Zum Schulbau-Programm berichtete **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass bis zum Jahr 2022 für rund 232 Millionen Euro 36 Schulen saniert oder neu gebaut werden. Das größte Projekt ist dabei der Neubau der Schule am Holzplatz und der Grundschule Schimmelstraße.

Bis zum Jahr 2022 werden für 2 Millionen Euro 11 Schulturnhallen saniert oder neu gebaut. Das größte Projekt ist dabei der Neubau der Turnhalle am Holzplatz.

Weiterhin sollen für 41 Millionen Euro bis zum Jahr 2022 8 Kindertagesstätten saniert oder neu gebaut werden. Das größte Projekt ist dabei der Neubau der Kindertagesstätte Dürerstraße und die Sanierung der Kita Traumland Sausewind.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die Stadt nach Abschluss des Investitionsprogrammes „Bildung 2020“ ein Investitionsprogramm „Breitensport“ auflegen will. Es sollen für 27 Millionen Euro 13 Turnhallen saniert oder neu gebaut werden.

Zum Digitalpakt - Schule informierte er, dass die Stadt bis 2020 in allen Schulen WLAN-Anschlüsse bereitstellen und eine strukturierte Verkabelung für einen bestmöglichen Empfang vornehmen wird. Bis zum Schuljahr 2020/21 stellt die Stadt sicher, dass alle Schülerinnen und Schüler Tablets im Unterricht nutzen können. Dazu wird die Stadt den Schulen Tablets zur Verfügung stellen. So wird die Nutzung eigener Tablets durch die Schülerinnen und Schüler ermöglicht, so wie es bisher mit der Bereitstellung von Schulbüchern geschieht. Auch die Nutzung von E-Books, die konventionelle Schulbücher schrittweise ersetzen sollen, ist Teil des Konzeptes. Die Betreuung der IT-Infrastruktur wird durch die IT-Consult Halle GmbH (ITC) erfolgen. Sie wird ebenso die direkte digitale Vernetzung zwischen den Schulen sicherstellen. Die finanziellen Mehrbedarfe werden im Haushalt 2020 abgebildet.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte über das Eilverfahren zur Sonntagsöffnung des Ostermarktes. Ver.di hatte Widerspruch gegen die Allgemeinverfügung der Stadt zu vier Sonntagsöffnungen im Jahr 2019 im Stadtzentrum erhoben. Gleichzeitig hatte ver.di ein Eilverfahren gegen die Sonntagsöffnung zum Ostermarkt (07. April 2019) beim Verwaltungsgericht beantragt. Die Stadt hat die Besucherprognose für den Ostermarkt gemeinsam mit der City-Gemeinschaft im Eilverfahren verteidigt. Gemäß dem Beschluss des Verwaltungsgerichtes Halle vom 26. März 2019 wurde dem Antrag von ver.di im Eilverfahren stattgegeben. Derzeit erfolgt keine Sonntagsöffnung zum Ostermarkt. Der Beschluss wird ausgewertet und eine mögliche Beschwerde beim Obergerverwaltungsgericht geprüft.

zu 7 Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

Herr Schiedung bezog sich auf das IT-Konzept an Schulen und sagte, dass nicht nur Tablets an den Schulen verteilt werden können, sondern ein konkretes Konzept erarbeitet werden muss. Er sagte, dass zur Umsetzung mehr Personal in den Schulen und bei der Stadt Halle (Saale) benötigt wird. Er fragte, wie die Schulen am Konzept beteiligt wurden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies auf die Presse-Mitteilung und sagte, dass bis zum nächsten Schuljahr die Internetverbindung an allen Schulen ausgebaut werden soll und dann die Tablets zur Verfügung gestellt werden. Er sagte, dass die Schulen der Tabletnutzung zustimmen müssen.

Herr Lange begrüßte die Fortschritte und die Einführung eines pädagogischen Konzeptes, welches in Zusammenarbeit mit den Schulen erarbeitet werden muss.

Herr Wolter sagte, dass den Schülern und Lehrern die genauen Planungen und Projekte erläutert werden müssen.

Herr Schachtschneider sagte, dass das Konzept nicht schlechtgeredet werden sollte.

Frau Dr. Brock sagte, dass in Schulen weiterhin Schulbücher genutzt werden sollten und die Zurverfügungstellung Angelegenheit des Landes wäre. Sie fragte, ob es Angelegenheit der Verwaltung ist, Tablets zur Verfügung zu stellen und wie die Summe von 4 Millionen Euro hinsichtlich der Haushaltssituation gedeckt werden soll.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

zu 8 **Beschlussvorlagen**

zu 8.1 **Änderung des Gesellschaftsvertrages der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle Vorlage: VI/2019/05003**

- Auf Antrag der SPD-Fraktion erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. -

Frau Müller

Gut, wir freuen uns und gehen zu Punkt 8, Beschlussvorlagen. Punkt 8.1, Änderung des Gesellschaftsvertrages der Theater, Oper und Orchester GmbH.

Herr Dr. Wend. Bitteschön. Entschuldigung Herr Dr. Wend, der Herr Oberbürgermeister möchte erstmal einbringen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, meine sehr geehrten Damen und Herren. Im Jahr 2019 erhält die Theater, Oper und Orchester GmbH 23,7 Millionen Euro Zuschuss vonseiten der Stadt, soviel wie noch nie zuvor. Wir haben in den letzten Jahren gemeinsam mit den Stadträten und mit den Mitgliedern des Aufsichtsrates erreicht, dass wir den Vertrag mit dem Land zur Unterstützung dieser Ein-Drittel-Regelung durchgesetzt haben, dass wir hier eine Vertragssicherheit für die nächsten fünf Jahre haben. Wir haben zudem bei den Mitarbeitern der TOOH keine Haustarife mehr, sondern wir konnten wieder zurückgehen in die Flächentarife.

Der Wirtschaftsplan 2018 der Theater, Oper und Orchester GmbH wurde eingehalten. Es gibt keine Hinweise auf Rückstände oder einen nicht eingehaltenen Wirtschaftsplan. Der Wirtschaftsplan 2019 aktuell, ist im Plan. Alles könnte so schön sein. Ist es aber nicht, wenn die Menschen dazu nicht mitmachen.

Es gibt in der Auslegung des Gesellschaftsvertrages und in den darunter liegenden Geschäftsordnungen Unklarheiten. Unklarheiten, die sich begründen über die Auslegung. Es

wird unterschiedlich interpretiert, das Wort, so wie es im Gesellschaftsvertrag steht: der künstlerischen Selbstständigkeit und der Eigenverantwortung der künstlerischen Leiter. Im Wesentlichen geht es hierbei um diese Diskussionen, die dazu führen, dass die Intendanten im Gegensatz dazu natürlich auch sich an die wirtschaftlichen Bedingungen, Vorgaben des Geschäftsführers in dieser Vorgabe auch zu halten haben.

Wie diese Begriffe auszuprägen sind und an welchen Stellen sie unterschiedlich, in unterschiedlicher Art auch gebraucht werden, bedarf der Klarstellung. Im Gesellschaftsvertrag sind diesbezüglich einige Lücken vorhanden. Das alles war in den letzten Jahren komplett belanglos.

Wir hatten andere Themen in der TOOH, ob es finanzieller Art sind oder Diskussionen wie bestimmte Situationen in Abstimmung mit dem Land gehandelt werden. Aber in dem Moment, wenn es Schwierigkeiten gibt, wenn es zwischenmenschliche Themen gibt, die dazu führen, dass diese Begriffe unterschiedlich ausgelegt werden, dann greift man natürlich auf die geltenden Regeln zurück und hier hat sich deutlich herausgestellt, dass der Gesellschaftsvertrag dazu zu unbestimmt ist.

Mit der Vorlage, die ich jetzt auch hineingebe, werden diese Unstimmigkeiten behoben und beseitigt. Es ist nach wie vor das Modell, dass wir die fünf Sparten haben, dass wir einen Geschäftsführer haben, einen kaufmännischen Geschäftsführer. Aber das betone ich ausdrücklich und das ist auch meine Einstellung dazu, dass die völlige, künstlerische Unabhängigkeit weiter auch gegeben sein muss.

Es kann und sollte nicht sein, dass vonseiten der Geschäftsführung in die künstlerischen Bereiche, in die künstlerischen Büros, so wie es so schön heißt, eingegriffen wird. Personalentscheidung in diesem Bereich auch getroffen werden. Diese Dinge bedürfen einer Klarstellung. Wie gesagt, sie werden absolut unproblematisch in dem Moment, wenn es laufen würde, man würde das über den Tisch abstimmen und man würde sich gemeinsam verständigen. Das ist aber leider nicht mehr der Fall.

Der Aufsichtsrat hat auch reagiert. Ich habe das auch deutlich gemacht, dass eine Arbeitsrechtlerin im Auftrag des Aufsichtsrates arbeitsrechtliche Verfehlungen prüft und dieser Auftrag wird ausgewertet und dann im Aufsichtsrat dann letztendlich auch entschieden.

Wie die Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages ist, das muss dringend hier im Stadtrat entschieden werden. Möglicherweise möchten Sie auch dieses alte Modell oder dieses Modell gar nicht mehr so. Ich habe eine klare Position, die heißt absolute künstlerische Selbstständigkeit, aber mit der Maßgabe, dass die Vorgaben des Geschäftsführers für finanzielle Angelegenheiten gewährleistet sein müssen. Das heißt, Klarstellung des Modells.

Hier haben Sie jetzt die Möglichkeit, mit dieser Vorlage, das so zu verändern und so auch darzustellen, wie es möglicherweise dem aktuellen Zeitgeist entspricht oder wie Sie das aktuell momentan sehen. Und deshalb war es für mich dringend auch erforderlich, Sie mit diesem Gesellschaftsvertrag zu konfrontieren oder dass wir darüber in den einzelnen Gremien sprechen.

Die Diskussionen, die sich in den letzten Tagen auch ergeben haben, zeigen deutlich, dass sich die Situation besonders im zwischenmenschlichen Bereich auch immer weiter verschärft und die Intendanten und besonders auch Herr Brenner, das nicht mehr hinnehmen möchten. Er hat mir die Erlaubnis erteilt, auch eine Passage auch darzustellen, so wie er mir das gestern auch geschrieben hat.

„Ich werde, nachdem der Aufsichtsrat zugestimmt hat, Vertragsverlängerungen auch mit ihm zu besprechen, keinerlei Vertragsverhandlungen zur Fortsetzung meiner Intendanz aufnehmen und behalte mir vor, Wege zu finden, noch vor Ende meines jetzigen, meiner jetzigen Amtszeit zum schnellstmöglichen Zeitpunkt als Intendant des Neuen Theaters, Thalia Theaters aufzuhören.“

Das sind, meine Damen und Herren, aus meiner Sicht, erschreckende Zeilen, die es umso mehr verlangen, dass wir sehr zügig in die Diskussion auch hineingehen, um diese Unklarheiten auch zu beseitigen.

Mein Ziel ist, ich sage das auch so deutlich, es gibt viele Personen und viele Mitarbeiter in der TOO, die sich in Gänze wesentlich für unsere Stadt einsetzen, die rund um die Uhr erreichbar sind und auch in anderen Veranstaltungen außerhalb des Hauses der TOO sich für die Stadt engagieren. Und deshalb ist es wichtig, dass wir hier zu einer Klarstellung auch kommen.

Meine Damen und Herren, wir alle sind gefordert diese Konkretisierungen in den nächsten Wochen auch zu besprechen, um dann möglicherweise solche Äußerungen, wie sie Herr Brenner gemacht hat, auch nicht mehr zu lesen. Oder möglicherweise ihn zu bewegen, dass er weiter auch hier in die Vertragsverhandlungen in naher Zukunft eintritt. Um das Ganze auch einzubringen, möchte ich das ganz gerne, den Antrag der hier Ihnen vorliegt, verweisen, in den Kulturausschuss und ausdrücklich auch in den Hauptausschuss.

Vielen Dank.

Frau Müller

Okay, kommen wir zur Aussprache. Herr Dr. Wend.

Herr Dr. Wend

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister. Leider ist es ja so, dass diese ganze Debatte im Vordergrund steht und dahinter hören wir das Rauschen und das Gezerre eines Theaterstreites, so wie es geführt wird, so wie es genannt wird.

Nach 10 Jahren Bestehen der TOO, denke ich, ist es durchaus sinnig über Besserungen in den Strukturen nachzudenken. Das ist sicherlich nicht verkehrt. Ob es ein guter Weg ist, das vom Aufsichtsratsvorsitzenden, Herr Oberbürgermeister erstmal als Presseerklärung raus zuknallen, bevor überhaupt der Aufsichtsrat darüber sprechen kann, das ist die große Frage.

Und es ist auch die große Frage, ob es so viel Sinn macht. Sie tragen sich das hier alles mit tragender, verantwortungsvoller Stimme vor, aber Sie schlagen Veränderungen des Gesellschaftervertrages vor, reden kein Wort mit dem Geschäftsführer. Ich stelle mir vor, Sie schlagen Gesellschaftungsveränderungen für die Stadtwerke vor und haben mit Herrn Lux gar nicht darüber gesprochen. Also, ob der das gut finden würde ich weiß es nicht.

Das ist doch... Als Nächstes machen Sie folgendes, Herr Oberbürgermeister, das Schreiben von Herrn Brenner, das Sie zitieren, das liegt auch mir vor. Jetzt nutzen Sie das, was Herr Brenner gesagt hat, hier als Art Druckmittel, ob das so gut ist, weiß ich auch nicht. Es wäre doch sinnig gewesen, wenn wir das erstmal im Aufsichtsrat diskutiert hätten und dann Schritt für Schritt weiter erarbeitet hätten.

Ich sage nochmal, meine Fraktion und ich, wir verschließen uns da keiner sinnvollen Änderung, aber das auf dem weichen und wackligen Boden, dieses momentanen Konfliktes zu führen, das halte ich für sehr ungeschickt. Und dann möchte ich nochmal erwähnen, wir alle haben ja diese Diskussion, also nicht wir, Entschuldigung, die die dabei waren, die Diskussion im Opernhaus zum Thema Kunst und Kunstfreiheit, uns um Kommerz diskutiert

und Herr Khuon hat da einen sehr weisen Satz gesagt, der hat gesagt: Die Verträge können beschissen sein und wenn die Leute an einem Strang ziehen, dann funktioniert es. Und die Regelungen können noch so perfekt sein, wie sie wollen, wenn die Leute nicht miteinander können, dann wird es auch nicht funktionieren.

Und das ist sehr, sehr wichtig. Nochmal, wir sind hier für Veränderungen, aber ich bin dagegen, dass es wieder auf die Tour kommt, wie Sie das grundsätzlich machen. Das ist nicht in Ordnung. Genauso ist es auch nicht in Ordnung, wenn Sie nach Aufsichtsratssitzungen auf Facebook, sehr, sage ich mal, unqualifizierte Sachen von sich geben, das ist auch nicht gut, das hilft in diesem ganzen Konflikt nicht. Lassen Sie uns die Strukturen so anfassen, dass Sie uns beim Anfassen nicht auseinander bröseln, sein Sie da konstruktiv, dann machen wir mit.

Ich möchte nochmal klarstellen, dass diese Sachen, die Sie betont haben, das wir momentan wieder in ruhigen Fahrwasser sind, auch ein wesentlicher Anteil, ohne dass ich jetzt bei dem ganzen Streit irgendjemanden bevorzugen oder benachteiligen will, auch einen Anteil, großen Anteil der Geschäftsführer hat, das sollte man nicht vergessen und deswegen bitte ich das mit Bedacht zu machen und nicht über Pressemitteilungen.

Dankeschön.

Frau Müller

Herr Wolter, bitte.

Herr Wolter

Ja, sehr geehrte Vorsitzende, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Sie haben ja wirklich ein Talent bestimmte, wie kann man das so schön nennen, Situationen zu problematisieren, aber sage ich mal, so wie ein Nebeneffekt dabei zu erzielen, dass es bestimmte Probleme höher kocht und dann holen Sie sozusagen eine Lösung raus. Und dann vergessen Sie manchmal, das es wirklich sehr, sehr viele Menschen gibt, hier in der Stadt, die auf unterschiedlichem Wege, ohne vielleicht direkt mit Ihnen in Kontakt zu sein, auch für eine, sage ich mal, Konfliktbereinigung sorgen.

Das Beispiel was Herr Dr. Wend gerade gesagt hat, mit dem Brief, also ich verstehe gar nicht, wie man sowas zitieren kann, hier im Rat. Wofür, für wen haben Sie das jetzt zitiert? Also für die Vorlage bestimmt nicht. Das ist eine sachliche, sehr gut gearbeitete Vorlage, die eigentlich nur in einem Ausschuss zu diskutieren ist, das ist nämlich der Finanzausschuss, der ist für die Beteiligten zuständig.

Es gibt gar keinen anderen Ausschuss, man kann das nochmal in den Hauptausschuss verweisen, aber was soll bitte der Kulturausschuss? Das hat keinerlei kulturpolitische Auswirkungen, außer dass Sie sozusagen nochmal vielleicht eine Information oder die Möglichkeit geben, dort eine bestimmte Meinungsumfrage, das ist ein empfehlender Ausschuss.

Wir haben hier in der, in unserer Geschäftsordnung festgelegt, dass die Beteiligungen und natürlich auch die Gesellschafterweisung in einem Ausschuss zu diskutieren sind, deswegen verweise ich im Namen meiner Fraktion den Antrag wesentlich in den Finanzausschuss, den Beschlussvorschlag, inhaltlich Herr Oberbürgermeister. Es ist eine sachlich, sehr gut gearbeitete Vorlage, die viele Fragen trotzdem provoziert, deswegen war für mich auch nicht ganz klar in welcher Zeitlinie Sie jetzt im Moment denken, hätte mir das gewünscht, dass es im Finanzausschuss vorher reinkommt, das man das hier schon vorher beraten hat.

Will zwei, drei Punkte dazu sagen. Der erste Punkt ist, natürlich unabhängig von den Personen, ist die Frage, wie man es jetzt organisiert, auch mit einer wirtschaftlichen

Auswirkung? Das, was jetzt drin steht, hat wirtschaftliche Auswirkungen auf den Wirtschaftsplan, auf den Stellenplan. Und das müssen wir natürlich besprechen. Und es ist nicht der Aufsichtsrat, der das zu besprechen hat, sondern hier der Rat beziehungsweise der damit beauftragte Ausschuss.

Das zweite betrifft auch die Wirksamkeit. Der Vorschlag, den Sie hier bringen, enthält im Moment noch keine Festlegung, ab wann diese Änderung wirksam ist. Sie wissen selbst, dass wir bestehende Verträge haben. Das muss natürlich dann berücksichtigt werden, gerade zu dem jetzigen Geschäftsführer. Das würde ja einen Eingriff bedeuten, beziehungsweise eine Erweiterung, der Befugnisse. Wenn ich das Geschäft, sage ich mal, dieser Anstellungsverhältnisse und der, sage ich mal, auch anwaltlichen... anwaltlichen Beratung dahinter, sage ich mal, ohne, teilweise kenn ich das.

Das bedeutet natürlich auch eine Erweiterung des Volumens, also je mehr Verantwortung, desto höher wird das Entgelt, oder? Also solche Dinge würden wir auch gerne besprechen. Also, wann ist von Ihrer Seite her die Wirksamkeit dieser Änderung dann notwendig? Und natürlich das, was Sie ausgeführt haben, ist auch unsere Auffassung bevor Sie jetzt Vertragsgespräche führen, muss natürlich diese Änderung herbeigeführt werden, damit die dann Bestandteil ist, für die folgenden Verträge.

Insofern begrüßen wir die Verweisung in den Finanzausschuss und Hauptausschuss und Kulturausschuss müsste man jetzt sehen, was dort zu besprechen sein kann.

Frau Müller

Sie wollen dazu was sagen? Okay.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ja, ich muss dazu was sagen. Herr Wolter es ist, wie so oft, Sie haben sie möglicherweise gar nicht gelesen. Denn das, was in der Vorlage dargestellt ist, ist Eins zu Eins das, was momentan geltende Rechtslage aus dem Gesellschaftsvertrag ist, nur ist es konkretisiert. Das heißt, niemand kriegt mehr Rechte und niemandem werden Rechte irgendwie genommen. Sowohl auf der Seite des Geschäftsführers als auch auf der Seite der Intendanten.

Ich habe hier nochmal ganz explizit deutlich gemacht, hier ist ein Vorschlag, der ausschließlich klar stellt. Wenn wir jetzt in der Diskussion sind, dann kann man sagen: Ja, ich möchte das eine oder ein anderes Modell. Das ist, mir ging es darum, hier eine Klarstellung vorzunehmen, ausschließlich in der Sache. Genau das, was bislang gewollt ist, ist mit dieser Vorlage klar gestellt. Nichts anderes ist passiert.

Da werden dem Geschäftsführer keinerlei Rechte weggenommen, sondern es wird hier konkretisiert, wie diese Unabhängigkeit auszulegen ist. Und deshalb muss ich es korrigieren, Herr Wolter, nehmen Sie es mir nicht übel. Also hier wird dem Geschäftsführer ausdrücklich nichts weggenommen.

Frau Müller

Herr Wolter, bitteschön.

Herr Wolter

Herr Oberbürgermeister, wenn Sie mir hier vorwerfen, wie so oft, das ich irgendeine Vorlage nicht gelesen habe, dann weise ich das natürlich ganz freundlich und erheitert zurück. Sie haben hier einen Vorschlag gemacht, dass die Zuständigkeit für Öffentlichkeitsarbeit auf einmal auf den künstlerischen Leitern der jeweiligen Sparte liegt.

Ja, wie stellen Sie sich das jetzt vor? Soll der jetzt selbst seine Plakate malen? Soll er selbst, sozusagen, die Anzeigen beauftragen? Hat der dann etwa Personal? Wie ist das mit den Stellenzuweisungen, mit den Auftragsgebieten, die im Moment da sind? Das sind Anstellungsverhältnisse und das andere ist natürlich eine wirtschaftliche Budgethoheit.

Da ist überhaupt nicht klar wie ist denn dann sozusagen, die Budgethoheit umzusetzen? Sie beschreiben das, sage ich mal, in mehreren Paragraphen als ein Recht, eine Pflicht der künstlerischen Leiter. Da greifen Sie nicht in den Vertrag des Geschäftsführers ein, aber sehr wohl, sozusagen, muss es klar gestellt werden, wie überprüft der künstlerische Leiter jetzt sozusagen, diese Einhaltung unabhängig vom Geschäftsführer?

Das ist im Moment nicht geklärt, weil es sozusagen, natürlich ein sozialistisches geführtes, von der Geschäftsführer überwachte Wirtschaftsplanung gibt. Und das sind meine Fragen gewesen, die ich habe und über die ich mich freue zu diskutieren im Finanzausschuss.

Frau Müller

Okay, Herr Oberbürgermeister möchte nochmal erwidern.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ja, Sie brauchen das nicht so betonen. Das ist das gute Recht des Oberbürgermeisters.

Ich möchte nochmal deutlich machen, Herr Wolter, die Öffentlichkeitsarbeit, die wird teilweise zugewiesenermaßen, von den Intendanten bereits geführt.

Frau Müller

Herr Dr. Meerheim. Herr Dr. Meerheim nur mal eine Erwähnung noch, ich muss jetzt nochmal darauf hinweisen, Herr Schramm, weil Sie sich vorhin gemeldet hatten, der Ausschuss, der Antrag ist verwiesen worden, das heißt es kann jetzt pro Fraktion nur noch einer sprechen.

Herr Dr. Meerheim war vorher dran, deswegen ist er jetzt dran, danach noch die Redner aus den anderen Fraktionen, die noch nicht gesprochen haben. Es tut mir leid. Herr Schramm, Herr Meerheim, bitteschön.

Herr Dr. Meerheim

Das ist so ein Tagesordnungspunkt meine Damen und Herren, wo es einem wieder schwerfällt, ruhig zu bleiben. Und man seine Gedanken nochmal neu sortieren muss. Das ist tatsächlich so wie Herr Wolter es gesagt hat. Es ist, jetzt sage ich mal, ich kehre das mal um, was Sie jetzt zu ihm gesagt haben, wie so oft, ein Schnellschuss, der nicht abgesprochen ist mit bestimmten Gremien und Personen.

Da geht es um die Schlagzeile und dann jagt man es in den Stadtrat, wohl wissend, dass das sowieso verwiesen wird. Aber erstmal die Schlagzeile ist interessant. Und das Thema hat ja auch die Blätter berauscht. Und nun ist es richtig, wenn Sie sagen, so nach zehn Jahren kann man mal darüber nachdenken und in diesem Gesellschaftsvertrag, der das Wohl und Wehe dieser Gesellschaft bestimmt, mal reinschauen und evaluieren.

Aber der Hintergrund dafür ist ein ganz trauriger, warum wir das gemacht haben, nicht, weil das Ding nicht funktioniert, sondern weil Menschen nicht funktionieren. Strukturveränderungen werden das Problem zwischen den Menschen nicht regeln. Wir ändern dadurch keinen der beteiligten Personen, bisher beteiligten Personen. Und ich bleibe dabei, die Ursache dafür, dass wir uns mit diesem Themen in der Vergangenheit beschäftigen mussten, ist nicht die Struktur und irgendwelche unscharfen Formulierungen, sondern liegt in den Personen und insbesondere und jetzt sage ich, in dem Vertrag, den

einer der Herrschaften, der an dieser öffentlich gemachten Diskussion beteiligt war, im Unterschied zu allen anderen künstlerischen Leitern der Häuser hat.

Meine Einschätzung ist, dass jetzt versucht wird, das, was in diesem Vertrag, der damals durch Herrn Stiska und dem Oberbürgermeister ja wahrscheinlich gegengezeichnet sind, zumindest sieht das der Gesellschaftsvertrag vor. Das ist die einzige positive Änderung, die ich hier sehe, dass das jetzt der Aufsichtsrat erfahren soll und das er also nicht nur erfahren soll, wer oder beschließt, wer demnächst künstlerischer Leiter wird, sondern auch vielleicht mal darüber erfährt, was in dem Vertrag drin steht und was da verhandelt wurde. Das ist nämlich bisher offensichtlich nicht passiert, sonst wäre es vielleicht zu dieser Vertragsschließung nicht gekommen.

Und diese Vertragsschließung sah bestimmte Regelungen vor, die Sie jetzt hier versuchen strukturell in die Gesellschaft einzubauen. Das hat eigentlich zu dem Konflikt geführt, über den wir die letzten Monate und man kann ja sagen, fast das ganze Jahr, wenn wir über die TOOH gesprochen haben, geredet haben und das finde ich erschreckend, muss ich sagen.

Es gibt sicher ein paar Regelungen, da kann man drüber sprechen, dass man die durchaus erweitert, aber was Sie mit uns nicht machen können und das sage ich jetzt schon, für unsere Fraktion, es wird keine TOOH geben, wo es fünf Spartenkönige gibt und ein stark und zu viel bezahlten Buchhalter.

Wir haben dem Herrn Rosinski für seine kurze Zeit, wo er hier war eine ganze Menge zu verdanken, das möchte ich hier auch an der Stelle sagen, bei allen Streit und Schuld, der bei allen dreien liegt, da will ich gar niemanden hervorheben. Ich bin da auch zu wenig involviert gewesen, um da mehr, eine explizite Meinung bilden zu wollen aber wir haben ihm etwas zu verdanken.

Und es ist richtig, auch er hat einen Vertrag, der ist rechtsgültig und der muss immerhin mit dem übereinstimmen und wenn ein, Sie brauchen bloß mal Ihre Änderung bezüglich der Budgeterhöhung mal lesen. Der Geschäftsführer vertritt die Gesellschaft nach innen und außen, gerichtlich und außergerichtlich. Er haftet für jeden Vorgang, der in seiner Gesellschaft vor sich geht. Wenn er die Budgethoheit dahingehend verliert, das ja, wenn der da sein, der Spartenkönig sein Budget vielleicht überzieht, dann kommt er in Aufsichtsrat und der macht einen Vorschlag.

Wenn ich Spartenkönig wäre, wissen Sie, was ich da machen würde, weil da steht, nämlich drin der soll ein Vorschlag zur Deckung machen, da sage ich: Stadt, mach du doch mal. Und gleichzeitig soll aber die absolute Haftung und letzte Verantwortung bei dem Geschäftsführer liegen, das halte ich strikt gesagt, nicht für machbar.

Wie gesagt, es gibt Dinge, über die kann man diskutieren, aber diesen Weg würden wir mit Ihnen gemeinsam an der Stelle, was die Entwicklung der TOOH betrifft, nicht gehen wollen. Wir sind allerdings sehr froh, dass der liebe Kollege Wolter die Vorlage dahin verwiesen hat, wo sie eigentlich hingehört, nämlich in den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen.

Frau Müller

Vielen Dank Herr Meerheim, das war eine Punktlandung und der Oberbürgermeister möchte antworten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Meerheim, den Begriff Spartenkönig muss ich hier deutlich zurückweisen. Das ist nicht gemeint und das ist auch hier nicht die Vorlage. Ich mache es nochmal deutlich. Diese Vorlage lässt dem Geschäftsführer alle Rechte, die er hatte, auch in seinem Vertrag, genauso wie es bislang gewesen ist.

Und zu Ihrem ersten Ansatz, den Sie hier gemacht haben. Sie machen ja auch Anträge, mengenmäßig, zu Recht. Und genauso wie die Fraktionen, wie jedes einzelne Mitglied hier im Stadtrat Anträge stellen kann, kann auch der Oberbürgermeister Anträge stellen. Und das mache ich und genauso wie Sie auch. Und deshalb nehmen Sie hier nicht mir das Recht, Anträge zu stellen, wenn ich etwas für richtig empfinde oder wenn ich meine, hier müsste etwas entschieden werden.

Nochmals, wir haben sehr viele Vertragsverhandlungen, auch in der nächsten Zeit in der TOOH. Bevor wir keine Struktur haben, kann man Verhandlungen mit den Personen nicht führen oder sollte sie nicht führen. Das Personal folgt der Struktur, Herr Meerheim. Deshalb müssen wir erst die Struktur hier festlegen und dann die Personen dazu aussuchen. Und das ist das Entscheidende, was diese Vorlage hier ermöglicht. Und da haben Sie die Möglichkeit zu sagen, Sie möchten das eine oder das andere.

Frau Müller

Frau Dr. Wünscher, bitte.

Frau Dr. Wünscher

Frau Vorsitzende. Herr Oberbürgermeister. Alles, was bislang zu dieser Beschlussvorlage gesagt wurde, kann ich nur ausdrücklich unterstützen, möchte aber noch ein paar eigene Gedanken einbringen.

Wir haben in diesem Haus fünf Sparten, da haben wir vier künstlerische Leiter auf einer Ebene und den Ballettchef bisschen nachgeordnet. Zwei von diesen künstlerischen Spartenleitern haben in den letzten Monaten alles, aber auch alles öffentlich gemacht und haben hier eine Eskalationsstrategie betrieben, die ihresgleichen sucht. Und jetzt könnte man auf die Idee kommen, diejenigen, die am lautesten brüllen, die werden gehört und da ändern wir jetzt mal die Struktur.

Und das finde ich, kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Es spricht seit mindestens seit einem halben Jahr, spricht niemand mehr über die Staatskapelle. Es spricht niemand über das Puppentheater. Und wenn da angeblich alles so schlecht ist, wie zwei von diesen künstlerischen Spartenleitern sagen, dann frage ich mich, warum es in den anderen Sparten gut funktioniert? Warum die Vorstellungen ausverkauft sind? Die Staatskapelle hat so viele Besucher, wie noch nie. Und, und, und. Das wird überhaupt nicht gehört.

Und ich denke wir haben überhaupt ganz andere Probleme, wenn wir nicht wollen, dass uns unsere GMD wegläuft, müssen wir ganz schnell dafür sorgen, dass dort Arbeitsbedingungen geschaffen werden, die es ihr möglich machen, ihre Vorstellungen umzusetzen. Und dann, ich sehe natürlich in diesem Modell, das Sie vorgeschlagen haben, auch, man könnte auch sagen, wir führen jetzt lauter geschäftsführende Intendanten ein.

Und dieses Modell hätte genau, wie Herr Wolter das schon gesagt hat, das ist nicht durch den Wirtschaftsplan gedeckt, das ist nicht durch den Theatervertrag gedeckt, weil es einfach mehr Geld kosten würde und unser Haus ist viel zu klein, um solche geschäftsführende Intendanten zu installieren. Das in solchen Häusern, wie Stuttgart so, da sind 1.400 Beschäftigte, da hat man dieses Modell. Oder in Mannheim, da sind 800 Beschäftigte, an dem Haus, wo sich dann natürlich auch die Aufgaben ganz anders darstellen. Und ich finde, das geht nicht.

Und worüber auch niemand spricht und deshalb finde ich, dass auch wirklich befremdlich, das hier heute aus dem Brief von Herrn Brenner zitiert wurde, auch in diesem Brief von Herrn Brenner stehen unhaltbare Behauptungen drin, die in dem Aufsichtsrat schon längst ausgeräumt sind und die werden wieder aufgewärmt und dann kommt gleich noch die

Drohung, ich stehe nicht mehr zur Verfügung, nachdem man vorher schon eine Drohung ausgesprochen hat: Ich bleibe nur, wenn der andere Intendant auch bleibt und wenn der Geschäftsführer geht. Und auf so ein Gezerre lassen wir uns hier ein und wollen jetzt den Gesellschaftervertrag ändern. Das kann ich überhaupt nicht einsehen.

Und ich möchte nochmal erinnern, bevor wir, bevor das eine GmbH wurde, hat die Oper jedes Jahr eine Million rübergereicht, zusätzlich an die Stadt, die sie brauchte, um ihre Geschäfte zu erledigen. Als der Geschäftsführerwechsel war, von Herrn Stiska zu Herrn Rosinski hat Herr Brenner mal lustig 300.000 Euro Defizit angemeldet. Wird alles schön ausgeglichen. Und eins muss ich nun auch mal sagen, betriebswirtschaftlich war die GmbH nie so solide aufgestellt, wie im Moment.

Und all das spielt in der Diskussion nur eine untergeordnete Rolle. Das ist auch unfair den Leuten gegenüber, die in harter Arbeit, dort all diese Dinge, ich erinnere an die zwei Millionen, die wir nachschießen mussten, und, und, und, ja. Die das dort hingekriegt haben. Und ich finde, es geht nicht, dass zwei, die hier lautstark irgendetwas fordern, postulieren, unhaltbare Dinge sagen, dass die in so einer Weise belohnt werden.

Frau Müller

Bitte, Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Also Frau Wünscher, ich würde es ganz gerne nochmal deutlich machen. Hier werden beide, Geschäftsführer als auch die Intendanten, genau auf die rechtliche Grundlage gestellt, die jetzt der Gesellschaftsvertrag hergibt. Das möchte ich nochmal betonen.

Und ich stimme Ihnen da zu, ich habe es ja in meinem Eingang, als ich das Statement gemacht habe, auch deutlich gemacht. Noch nie ging es der TOOH so gut wie eben. Und das ist dem Geschäftsführer auch mit zu verdanken, eindeutig. Aber die Diskussion, weil Sie es gesagt haben, es bezieht sich nur auf zwei Personen oder drei Personen, das ist so nicht ganz richtig.

Deshalb ist es ganz wichtig, dass wenn im Finanzausschuss, im Hauptausschuss darüber auch diskutiert wird, auch im nicht öffentlichen Teil, dass dort auch der Betriebsrat gehört wird oder die Mitarbeiter gehört werden, die eine ganz andere Wahrnehmung haben von dieser Situation.

Es bezieht sich nicht nur auf zwei Personen, es bezieht sich auf mehrere Personen. Und es ist daher eine Unruhe momentan, die auch vom Betriebsrat deutlich gemacht wird. Und es sind extreme Situationen, die wir auch besprechen müssen. Und dazu dient das Ganze, damit es aufgearbeitet wird, damit wir eine Struktur bekommen.

Frau Müller

Herr Schramm, Sie hatten einen Geschäftsordnungsantrag.

Herr Schramm

Ich habe eine persönliche Erklärung abzugeben.

Frau Müller

Das. Okay, Sie dürfen. Bitteschön.

Herr Schramm

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin außerordentlich befremdet über den Vorgang, den wir hier erleben. Ich habe als Aufsichtsrat gestern diesen Brief erhalten und gelesen. In dem Brief steht drin, dass der Absender Herr Matthias Brenner, bis zum 12. April sich selbst eine

Schweigepflicht außerhalb der Adressaten dieses Schreiben auferlegt. Und er weder in meinem Ensemble, also in seinem, noch in der Öffentlichkeit Vorinformationen herausgegeben möchte.

Ich bitte Sie sich mit diesen Positionen auseinander zu setzen. Ich verstehe es nicht mehr. Entweder hat hier Matthias Brenner gestern einen Brief mit einer falschen Botschaft uns mitgeteilt oder wir mischen uns jetzt in eine interne Diskussion, wo gestern Abend noch Herr Brenner gemeint hat, das diskutieren wir innerhalb der Situation. Und dass wir das jetzt hier öffentlich austragen, ich, das wird die Problematik verschärfen.

Danke.

Frau Müller

Frau Dr. Brock, Entschuldigung nochmal, jetzt sind Sie dran.

Frau Dr. Brock

Ja, hier vermischen sich leider auch verschiedene Dinge wieder. Ich möchte das vielleicht nochmal ein bisschen sortieren. Wir haben ja eine Vorlage, die einer Ankündigung entsprechend aus dem Januar bei einer öffentlichen Diskussion, ja, folgerichtig eingebracht worden ist und ich habe es jetzt gerade wieder gehört, zuerst müssen wir die Struktur verändern, Sicherheit in der Pflichtenverteilung schaffen. Wir müssen Konkretisierungen schaffen. Genau das, was Sie gesagt haben, bevor es um Personal geht.

Leider ist es für die Opernintendanz zu spät, dieser Antrag. Das heißt, wir hätten diese Sache eigentlich vor Langem schon diskutieren müssen. Das zweite ist, ich bin Aufsichtsratsmitglied und ich bin sehr, sehr, sehr froh, dass wir diese Diskussion nicht mehr nur hinter verschlossenen Türen führen, sondern dass wir die Stadtgesellschaft mitnehmen können, dass wir das jetzt öffentlich haben.

Und es ist auch nur ein Verdacht, Frau Dr. Wünscher, wer hier was in die Öffentlichkeit gegeben hat. Es ist eine Behauptung, die steht Unbewiesen im Raum. Was ich allerdings hoffe, was wir jetzt haben, ist eine Diskussion, welches Theater die Stadtgesellschaft will. Und das betrifft einerseits die Struktur, dass wir eben zum Beispiel keine Generalintendanz wollen, sondern, dass wir weiterhin künstlerische, eigenverantwortliche Sparten haben wollen.

Und genau diese öffentliche Diskussion hat diesen ersten Schritt jetzt, den ich selber für wichtig halte, der die Grundlage schafft und Herr Khuon vom Deutschen Bühnenverein hat das auch in dieser Diskussion gesagt, es ist natürlich ein zum Teil auch wichtiger Schritt, Konkretisierungen zu führen, um eben genau die Sicherheit sowohl für die gegenwärtigen, als auch für zukünftige Verantwortungsträger zu sichern.

Zwei Sachen sind mir auch noch wichtig, neben dieser öffentlichen Diskussion, was für ein Theater wir hier haben wollen. Das eine ist, dass ich davon überzeugt bin, dass es sich hier nicht ausschließlich um zwischenmenschliche Schwierigkeiten handelt, es handelt sich hier um systematisches Mobbing, was immer wieder hinter verschlossenen Türen im Aufsichtsrat verhandelt worden ist und wo der, die Vogel-Strauß-Politik des Aufsichtsrates heute ein Ende haben wird, dass wir eben nicht mehr nur hinter verschlossenen Türen über diese Dinge diskutieren.

Und das zweite, was ich noch abschließend sagen will, ist das die Transparenz, die in dem Antrag vom Oberbürgermeister ist, eigentlich die Grundlage, all dessen ist, was wir in der Vergangenheit erlebt haben, was an Schwierigkeiten entstanden ist. Das nämlich eben nicht transparent mit Zahlen umgegangen worden ist. Das eben nicht transparent mit Berichten umgegangen worden ist, sondern das es immer zum Teil um Hörensagen ging, um

Stellungnahmen hinterher und um Nachrichten, die nicht öffentlich mit den Kollegen geteilt worden sind. Also ich meine jetzt intern öffentlich, also sprich unter den Akteuren.

Und vielleicht mein letzter Satz dazu, ich habe auch die Hoffnung, das sich diese Diskussion in der Stadtgesellschaft auf die Art und Weise versachlicht, dass wir Ross und Reiter nennen können.

Frau Müller

Herr Nette bitte.

Herr Nette

Also die Diskussionen, welches Theater wir in Halle haben möchten, die führen wir im Gesellschaftervertrag an der falschen Stelle, die sollten wir bei der Überprüfung der kulturpolitischen Leitlinie führen.

Die kulturpolitischen Leitlinien wurden im Jahr 2014 beschlossen. Und es wäre vielleicht an der Zeit diese mal zu überarbeiten, dann gibt es eine Menge Diskussionen nicht mehr, wenn sich die Menschen, die Kultur schaffen, die von dieser Stadt leben, sich da wiederfinden.

Frau Müller

Gut.

Damit ist der Redebedarf ausgeschöpft und wir können den Punkt beenden, der ist verwiesen in den Haupt- und in den Kultur- und in den Finanzausschuss.

Dankeschön.

- Ende Wortprotokoll -

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Kulturausschuss und Hauptausschuss
sowie

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBürger
in den

Ausschuss für Finanzen, städtischeeteiligungsverwaltung und Liegenschaften

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) weist den Oberbürgermeister als gesetzlichen Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an, in der Gesellschafterversammlung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle folgende Beschlüsse zu fassen:

- a. § 8 Abs. 5 des Gesellschaftsvertrages wird wie folgt neu gefasst:

„Die Geschäftsführung führt die Geschäfte selbstverantwortlich nach Maßgabe der Gesetze, des Gesellschaftsvertrages und der Geschäftsordnung sowie den der Gesellschafterversammlung nach diesem Vertrag obliegenden Beschlüssen. Die Geschäftsführung hat die den künstlerischen Leitern obliegende künstlerische Leitung der jeweiligen Sparten einschließlich der spartenbezogenen Öffentlichkeitsarbeit in völliger künstlerischer Selbstständigkeit und alleiniger künstlerischer Verantwortung sicherzustellen.“

Dabei repräsentieren die künstlerischen Leiter ihre jeweilige Sparte in künstlerischen Angelegenheiten im Außenverhältnis. Sie haben die wirtschaftlichen Vorgaben einzuhalten. Für die Berichtspflicht der Geschäftsführung gegenüber dem Aufsichtsrat gelten die Vorschriften des Aktiengesetzes entsprechend.“

- b. § 10 Abs. 2 lit. a des Gesellschaftsvertrages wird wie folgt neu gefasst:

„die Bestellung der Geschäftsführer, der Widerruf der Bestellung sowie der Abschluss, die Änderung, die Beendigung des Anstellungsvertrages mit den Geschäftsführern, einschließlich Ausübung des aus dem Anstellungsvertrag resultierenden Weisungsrechtes und der disziplinarischen Befugnisse. Die Bestellung des ersten Gründungsgeschäftsführers erfolgt durch den Gesellschafter;“

- c. § 10 Abs. 2 lit. b des Gesellschaftsvertrages wird wie folgt neu gefasst:

„die Einstellung und Entlassung der künstlerischen Leiter für das Orchester, das Musiktheater, das Ballett, das Schauspiel, das Kinder- und Jugendtheater, das Puppentheater sowie der Abschluss, die Änderung, die Beendigung des Anstellungsvertrages mit diesen, einschließlich Ausübung des aus dem Anstellungsvertrag resultierenden Weisungsrechtes und der disziplinarischen Befugnisse;“

- d. In § 10 Abs. 2 wird folgender lit. i eingefügt:

„die Entscheidung über Meinungsverschiedenheiten zwischen Geschäftsführung und den künstlerischen Leitern.“

- e. § 11 Abs. 5 des Gesellschaftsvertrages wird wie folgt neu gefasst:

„Die Geschäftsführung, die künstlerischen Leiter und ein Vertreter der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) nehmen an den Sitzungen des Aufsichtsrates teil, es sei denn, der Aufsichtsrat beschließt im begründeten Einzelfall etwas anderes.

- f. § 13 des Gesellschaftsvertrages wird wie folgt neu gefasst:

„Die Geschäftsführung ist verpflichtet, dem Aufsichtsrat rechtzeitig vor Ablauf eines Geschäftsjahres den Wirtschaftsplan für das folgende Geschäftsjahr und einen Wirtschaftsplan für die folgenden fünf Jahre vorzulegen. Der Wirtschaftsplan setzt sich mindestens zusammen aus dem Erfolgsplan, dem Bilanzplan, dem Investitionsplan sowie dem Finanzplan mit Liquiditätsübersicht und Stellenübersicht (Personalplan). Den Anforderungen aus Ziffer 5.1 der Beteiligungsrichtlinie der Stadt Halle (Saale) soll Rechnung getragen werden. Darüber hinaus ist im Wirtschaftsplan ein gesondertes Personal- und Sachkostenbudget für die von den einzelnen künstlerischen Leitern geführten Sparten auszuweisen. Der Aufsichtsrat legt diesen Wirtschaftsplan der Gesellschafterversammlung mit seinem Vorschlag zur Entscheidung vor. Der Zustimmung bedarf der Wirtschaftsplan einschließlich Spartenbudgets für das folgende Geschäftsjahr. Über drohende Überschreitungen der Spartenbudgets ist der Aufsichtsrat unverzüglich durch die Geschäftsführung zu unterrichten und durch den zuständigen künstlerischen Leiter ein untergesetzter Vorschlag zur Abwendung der Budgetüberschreitung bzw. zum Ausgleich des Fehlbetrages zu unterbreiten.“

2. Der gesetzliche Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird angewiesen, alle zur beschlussgemäßen Umsetzung notwendigen Erklärungen abzugeben und

zu 8.2 Besetzung von Aufsichtsgremien (Beirat) der Bäder Halle GmbH
Vorlage: VI/2019/04946

Frau Dr. Brock sprach sich so kurz vor der Wahl des neuen Stadtrates gegen die Neubesetzung in den Beirat der Bäder Halle GmbH aus.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Entsendung der drei nachstehenden Personen in den Beirat der Bäder Halle GmbH:

Herrn Werner Misch

Herrn Sten Meerheim

Herrn Fabian Borggreffe

2. Der Oberbürgermeister wird angewiesen, alle zur Umsetzung des Beschlusses notwendigen Maßnahmen einzuleiten.

zu 8.3 Vergabe des neuen Straßennamens Klaus-Peter-Rauen-Straße
Vorlage: VI/2018/04698

zu 8.3.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBürger zur Beschlussvorlage Vergabe des neuen Straßennamens Dr.-Klaus-Peter-Rauen-Straße (VI/2018/04698)
Vorlage: VI/2019/04961

Herr Raue schlug vor, die Straße in „Rauenstraße“ umzubenennen.

Herr Scholtyssek sprach sich gegen diesen Vorschlag aus und sagte, dass Dr. Klaus-Peter Rauen großen Respekt verdient. Er warb um Zustimmung für die Beschlussvorlage.

Herr Dr. Wöllenweber sagte, dass sich die Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem Riveufer ein Rauenufer wünschen würden.

Herr Wolter zog den Änderungsantrag der Fraktion MitBürger zurück.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

zu 8.3.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBürger zur Beschlussvorlage Vergabe des neuen Straßennamens Dr.-Klaus-Peter-Rauen-Straße (VI/2018/04698)
Vorlage: VI/2019/04961

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat bestätigt den Straßennamen Dr.-Klaus-Peter-Rauen-Straße für die neue Erschließungsstraße im Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 32.6 Heide-Süd.

zu 8.3 Vergabe des neuen Straßennamens Klaus-Peter-Rauen-Straße
Vorlage: VI/2018/04698

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat bestätigt den Straßennamen Klaus-Peter-Rauen-Straße für die neue Erschließungsstraße im Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 32.6 Heide-Süd.

zu 8.4 Verzicht auf Variantenbeschluss zum Quartiersspielplatz Südpark
Vorlage: VI/2018/04735

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, für den Ersatzneubau Quartiersspielplatz Südpark auf den Variantenbeschluss zu verzichten.

zu 8.5 Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 30
Sonderbaufläche Großflächiger Einzelhandel, Dieselstraße -
Abwägungsbeschluss
Vorlage: VI/2019/04739

Herr Eigendorf sprach sich für die Beschlussvorlagen der Verwaltung unter den Tagesordnungspunkten 8.5 bis 8.8 aus.

Herr Feigl sagte, dass einige Einwendungen gegen die Änderung des Flächennutzungsplans vorliegen und die Stadträtinnen und Stadträte auf Grund der Kurzfristigkeit keine Gelegenheit hatten, sich mit den eingereichten Unterlagen vertraut zu machen. Er stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung der Tagesordnungspunkte 8.5 bis 8.8.

Herr Rebenstorf sagte, dass die Sondersitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten durchgeführt wurde, um die Stadträtinnen und Stadträte darüber in Kenntnis zu setzen, warum Stellungnahmen und Gutachten bis kurz vor der Ratssitzung möglich sind. Er sagte, dass dieses Verfahren im Bebauungsplan vorgesehen ist und auch

nach einer Satzungsänderung noch Stellungnahmen eingehen können. Er merkte an, dass daran auch die Vertagung nichts ändert.

Frau Müller bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages auf Vertagung der Tagesordnungspunkte 8.5 bis 8.8.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Den Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen zur Änderung des Flächennutzungsplanes, lfd. Nr. 30 „Sonderbaufläche Großflächiger Einzelhandel, Dieselstraße“ wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange sowie den Bürgerinnen und Bürgern, die in ihren Stellungnahmen abzuwägende Anregungen vorgebracht haben, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

**zu 8.6 Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 30
Sonderbaufläche Großflächiger Einzelhandel, Dieselstraße -
Feststellungsbeschluss
Vorlage: VI/2019/04740**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 30 „Sonderbaufläche Großflächiger Einzelhandel, Dieselstraße“, in der Fassung vom 14.02.2019.
2. Die Begründung mit dem Umweltbericht in der vorgelegten Fassung vom 14.02.2019 wird gebilligt.
3. Mit dem vorliegenden Feststellungsbeschluss wird das Einzelhandels- und Zentrenkonzept der Stadt Halle (Saale) angepasst und der Fläche im Geltungsbereich der Sonderbaufläche für Großflächigen Einzelhandel die Funktion eines „Sonderstandortes SB-Warenhaus“ zugewiesen.

**zu 8.7 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 177 Sondergebiet SB-Warenhaus
Dieselstraße - Abwägungsbeschluss
Vorlage: VI/2018/04651**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Den in der Anlage zu diesem Beschluss enthaltenen Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 177 „Sondergebiet SB-Warenhaus Dieselstraße“ wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne der Öffentlichkeit, die in ihrer Stellungnahme abwägungsrelevante Anregungen vorgebracht haben, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

**zu 8.8 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 177 Sondergebiet SB-Warenhaus
Dieselstraße - Satzungsbeschluss
Vorlage: VI/2018/04652**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 177 „Sondergebiet SB-Warenhaus Dieselstraße“, gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der vorgelegten Fassung vom 14.02.2019 als Satzung.
2. Die Begründung mit dem Umweltbericht in der vorgelegten Fassung vom 14.02.2019 wird gebilligt.

**zu 8.9 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 191 Kröllwitz, Wohnbebauung
Untere Papiermühlenstraße - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VI/2019/04748**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 191 „Kröllwitz, Wohnbebauung Untere Papiermühlenstraße“ in der Fassung vom 12.02.2019 sowie die Begründung zum Entwurf mit dem Umweltbericht in gleicher Fassung.
2. Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 191 „Kröllwitz, Wohnbebauung Untere Papiermühlenstraße“ in der Fassung vom 12.02.2019 sowie die Begründung zum Entwurf mit dem Umweltbericht in gleicher Fassung, sind öffentlich auszulegen.

zu 8.10 Einziehung des selbständigen Parkplatzes Ibsenweg
Vorlage: VI/2019/04792

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Einziehung des selbständigen Parkplatzes Ibsenweg nach § 8 Abs. 2 Straßengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (StrG LSA).
2. Die Stadtverwaltung veranlasst die öffentliche Bekanntmachung der Absicht der Einziehung im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale), die Antragstellung auf Zustimmung der Straßenaufsichtsbehörde sowie die öffentliche Bekanntmachung der Einziehungsverfügung im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale).

zu 8.11 Widmung der Gudrun-Goeseke-Straße
Vorlage: VI/2019/04794

Frau Dr. Schöps sprach sich für die Beschlussvorlage der Stadtverwaltung aus. Sie fragte, welchen Status die Straße bisher hatte und wer bisher für die Instandhaltung und Pflege verantwortlich war.

Herr Rebenstorf sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, dass der Oberbürgermeister beauftragt wird, die Widmung der Gudrun-Goeseke-Straße zur Gemeindestraße zu verfügen und öffentlich bekannt zu machen.

zu 8.12 Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.01.2019 bis 31.12.2019
Vorlage: VI/2018/04387

Herr Dr. Wend sprach sich für die Beschlussvorlage der Verwaltung aus. Er sagte, dass die Kita-Versorgung von Halle (Saale) sehr gut ist. Er sagte jedoch auch, dass die Anmeldung der Kinder meist sehr umständlich ist, da es städtische und private Träger von Kindertageseinrichtungen gibt.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt den Bedarfs- und Entwicklungsplan Kindertagesbetreuung als Teilplanung der Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII für den Zeitraum vom 01.01.2019 bis 31.12.2019. (Anlage 1)
2. Der Stadtrat beschließt die gesetzliche Förderung gemäß § 11a KiFöG der im Bedarfs- und Entwicklungsplan ausgewiesenen Kindertageseinrichtungen und stellt die Finanzierung im Haushalt 2019 sicher. (Anlagen 2a und 2b)

zu 8.13 Namensgebung der Zweiten Integrierten Gesamtschule
Vorlage: VI/2018/04559

Frau Dr. Schöps lobte den demokratischen, transparenten Prozess zur Namensgebung in der Schule und regte an, künftig bei Namensgebungen genauso zu verfahren.

Herr Schiedung schloss sich den Ausführungen von Frau Dr. Schöps an und warb um Zustimmung.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt, dem Vorschlag der Gesamtkonferenz zu folgen und die Zweite Integrierte Gesamtschule in

„Marguerite Friedlaender Gesamtschule“

umzubenennen.

**zu 8.14 Genehmigung einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2019 im Fachbereich Bildung
Vorlage: VI/2019/04928**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE) für das Haushaltsjahr 2019 im Finanzhaushalt für folgende Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.36501021 Kita Albrecht Dürer (HHPL Seiten 1158, 1269)
Finanzpositionsgruppe 785 Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 2.000.000 EUR.

Die Deckung der Verpflichtungsermächtigung erfolgt aus folgenden Investitionsmaßnahmen:

PSP-Element 8.54101085 Bushaltestellen (HHPL Seiten 533, 1272)
Finanzpositionsgruppe 785 Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 530.000 EUR.

PSP-Element 8.54101086 laufende Straßenbaumaßnahmen (HHPL Seiten 534, 1272)
Finanzpositionsgruppe 785 Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 150.000 EUR.

PSP-Element 8.54101129 Paul-Suhr-Straße (HHPL Seiten 701, 1273)
Finanzpositionsgruppe 785 Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 1.320.000 EUR.

**zu 8.15 Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: VI/2019/05036**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA die Annahme der nachfolgenden Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen.

1. Geldspende von der Bürgerhaus Lützschena GmbH, Hallesche Straße 244, 04159 Leipzig in Höhe von 3.000,00 Euro – Neubeschaffung einer Ausgabeküche sowie Ersatz defekter Geräte für die Kita „Kinderinsel“ (PSP-Element 1.36501 – Betrieb von Kindertageseinrichtungen)
2. Geldspende vom Verein Eltern und Freunde der Förderschule Astrid Lindgren e.V., August-Lamprecht-Str. 15, 06132 Halle (Saale) in Höhe von 5.000,00 Euro für die

technische Ausstattung
(PSP-Element 1.22101.10 – Förderschule für Geistigbehinderte „Astrid Lindgren“)

3. Sachspende vom Förderverein der Schule am Lebensbaum, Hildesheimer Straße 28a, 06128 Halle (Saale) in Höhe von 40.000,00 Euro für die Ersatzbeschaffung eines Schulbusses.
(PSP-Element 1.22101.11 – Förderschule für Geistigbehinderte „Schule am Lebensbaum“)

zu 9 **Wiedervorlage**

**zu 9.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur
Garagengrundstücksnutzung von Garagengemeinschaften in der Stadt
Halle (Saale)
Vorlage: VI/2018/04656**

**zu 9.4.1 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zum Antrag der Fraktion DIE
LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Garagengrundstücksnutzung von
Garagengemeinschaften in der Stadt Halle (Saale) - VI/2018/04656
Vorlage: VI/2019/05034**

Herr Heinz sagte, dass eine Änderung der Pachtverträge eine wesentliche Änderung darstellen würde, wodurch die Garageneigentümer ihr Eigentum an der Garage verlieren und gemäß Schuldrechtsanpassungsgesetz Lasten, wie Abbruchkosten, der Stadt obliegen. Er führte weiter aus, dass der Verwaltung bislang ein Antrag einer Garagengemeinschaft auf Grunderwerb vorliegt. Der entsprechende Vertragsvorgang wird dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt.

Herr Dr. Meerheim merkte an, dass die Fraktion DIE LINKE den Wortlaut „auf Wunsch“ aus dem Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion bereits im Hauptausschuss übernommen hat. Allein über die Pachtzeit muss eine Abstimmung erfolgen.

Herr Schreyer sagte, dass mit dem vorliegenden Antrag erhebliche Nachteile für Garageneigentümer und Stadtverwaltung verbunden sind, welche bereits mehrfach erläutert wurden.

Frau Müller bat im Weiteren um Abstimmung.

**zu 9.4.1 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zum Antrag der Fraktion DIE
LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Garagengrundstücksnutzung von
Garagengemeinschaften in der Stadt Halle (Saale) - VI/2018/04656
Vorlage: VI/2019/05034**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Garagengemeinschaften in der Stadt Halle (Saale) **deren Nutzungsverträge zum 31.12.2019 nach Schuldrechtsanpassungsgesetz enden, auf Wunsch** ein weiteres Angebot- neben anderen Angeboten- zur Garagengrundstücksnutzung nach dem 31.12.2019 zu unterbreiten.

Das Angebot soll ein ~~Erbbau~~-Pachtvertrag über die städtischen Grundstücke, die für den Betrieb als Garagenstandort- wie im bisherigen Gebrauch – notwendig sind,

- 1.) mit einer Laufzeit von ~~mindestens 25~~ **15- 10** Jahren und gültig ab dem 01.01.2020 sein
- 2.) Der Pachtzins wird in der aktuell gültigen Höhe festgelegt.

Der ~~Erbbau~~ Pachtzins wird darüber hinaus auf der Grundlage der Lebenshaltungskosten vereinbart und wertgesichert. Ändert sich künftig der vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden ermittelte Verbraucherpreisindex gegenüber dem für den Beurkundungsmonat geltenden Index, so erhöht oder vermindert sich im gleichen Verhältnis die Höhe des monatlich zu zahlenden Erbbauzinses. Eine Änderung soll jedoch außer Betracht bleiben, wenn sich der Verbraucherpreisindex um weniger als 10 Prozent ändert.

- ~~3.) Eine vorfristige Kündigung soll ausgeschlossen werden. Regelungen des Heimfalls wie Verstoß gegen Vertragsverpflichtungen, Zwangsverwaltung und Zwangsversteigerung, Insolvenzverfahren oder ausstehende Pachtzahlungen (2 Jahre) sollen vereinbart werden.~~
- 4.) Die Stadt Halle (Saale) soll im Rahmen des Pachtvertrages auch den Verzicht auf die Geltendmachung von Abriss- und Bäumungskosten gegenüber den Garageninteressengemeinschaften / Garagenbesitzern erklären.
- 5.) Beabsichtigt die Stadtverwaltung in Zukunft andere Nutzungsverträge für Garagengemeinschaften wegen Eigennutzung bzw. anderweitiger Nutzungsvorhaben zu kündigen oder vertraglich neu zu verhandeln, so ist dies dem Finanzausschuss und / oder dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.**

**zu 9.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Garagengrundstücksnutzung von Garagengemeinschaften in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2018/04656**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
23 Ja-Stimmen
15 Nein Stimmen
12 Enthaltungen

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Garagengemeinschaften in der Stadt Halle (Saale) deren Nutzungsverträge zum 31.12.2019 nach Schuldrechtsanpassungsgesetz enden, auf Wunsch ein weiteres Angebot- neben anderen Angeboten- zur Garagengrundstücksnutzung nach dem 31.12.2019 zu unterbreiten.

Das Angebot soll ein Pachtvertrag über die städtischen Grundstücke, die für den Betrieb als Garagenstandort- wie im bisherigen Gebrauch – notwendig sind,

- 6.) mit einer Laufzeit von mindestens 15 Jahren und gültig ab dem 01.01.2020 sein
- 7.) Der Pachtzins wird in der aktuell gültigen Höhe festgelegt.
Der Pachtzins wird darüber hinaus auf der Grundlage der Lebenshaltungskosten vereinbart und wertgesichert. Ändert sich künftig der vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden ermittelte Verbraucherpreisindex gegenüber dem für den Beurkundungsmonat geltenden Index, so erhöht oder vermindert sich im gleichen Verhältnis die Höhe des monatlich zu zahlenden Erbbauzinses. Eine Änderung soll jedoch außer Betracht bleiben, wenn sich der Verbraucherpreisindex um weniger als 10 Prozent ändert.
- 8.) Die Stadt Halle (Saale) soll im Rahmen des Pachtvertrages auch den Verzicht auf die Geltendmachung von Abriss- und Bäumungskosten gegenüber den Garageninteressengemeinschaften / Garagenbesitzern erklären.
- 9.) Beabsichtigt die Stadtverwaltung in Zukunft andere Nutzungsverträge für Garagengemeinschaften wegen Eigennutzung bzw. anderweitiger Nutzungsvorhaben zu kündigen oder vertraglich neu zu verhandeln, so ist dies dem Finanzausschuss und / oder dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

zu 9.5 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Bau eines Sportplatzes in der Silberhöhe
Vorlage: VI/2018/04659

Herr Eigendorf resümierte den Werdegang des Antrages, welcher nunmehr einen anderen Antragstext beinhaltet. Er bat um Zustimmung.

Frau Dr. Marquardt sagte, dass die Verwaltung dem Gesundheitssportverein Halle e.V. bereits unterstützend zur Seite steht und der Antrag daher als erledigt zu betrachten ist.

Herr Scholtyssek sagte, dass die CDU/FDP-Fraktion den Antrag auch als erledigt betrachtet. Es sollte keine Einzelmaßnahme vorgezogen werden, bevor ein Sportstättenkonzept für die ganze Stadt Halle (Saale) vorliegt.

Der gestellte Geschäftsordnungsantrag von **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** auf Erledigung wurde mehrheitlich abgelehnt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Gesundheitssportverein Halle e.V. (GSV) maßgeblich dabei zu unterstützen (z. B. bei der Beantragung von Fördermitteln des Landes Sachsen-Anhalt zum Bau von Sportstätten oder alternativ im Rahmen des Städtebauförderprogramms „Soziale Stadt“), in der Silberhöhe zwischen Hermann-Heidel- und Albert-Dehne-Straße, östlich der Sporthalle des Gesundheitssportvereins Halle e.V.

(GSV) bis Herbst 2020 einen Sportplatz (Fußballplatz sowie entsprechend an die örtlichen Gegebenheiten angepasst Leichtathletikanlagen) zu errichten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand gab eine persönliche Erklärung ab. Die Formulierung im Antragstext suggeriert eine andere Intention als es im Beschlussvorschlag letztendlich wiedergegeben wird. Es geht um eine Unterstützung des Vereins und nicht um den Bau eines Sportplatzes. Die Verwaltung wird dem Gesundheitssportverein Halle e.V., wie auch jedem anderen Verein in der Stadt, unterstützend zur Seite stehen.

**zu 9.6 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erweiterung der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Begrünung von Fassaden in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04762**

Herr Koehn führte in den Antrag ein. Er wünsche sich, dass die Stadtverwaltung auch die Dachbegrünung und die Innenhofbegrünung mit einem kleinen Kostensatz unterstützt. Eine Begrünung der vielen Garagendächer in Halle (Saale) würde zu einer Klimaverbesserung beitragen. Er bat um Zustimmung zum Antrag.

Herr Scholtyssek sagte, dass der Antrag haushaltsrelevant ist. Er beantragte die Vertagung in die Haushaltberatung und bat die Antragssteller die Kosten detaillierter zu untersetzen.

Frau Dr. Brock sprach sich gegen eine Vertagung aus. Sie sagte, dass eine Umsetzung 2020 erfolgen soll und bis dahin entsprechende Kosten eingestellt werden können. Sie befürwortete den Antrag und bat um Zustimmung.

Frau Müller bat um Abstimmung des GO-Antrages auf Vertagung.

Abstimmungsergebnis GO-Antrag: mehrheitlich abgelehnt

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat darum, künftig eine konkrete redaktionelle Ergänzung in der entsprechenden Förderrichtlinie zu benennen, um den Aufwand zu minimieren.

Herr Krause sagte, dass diese Bitte berücksichtigt wird.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Frau Müller** um Abstimmung des Antrages bat.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Begrünung von Fassaden in der Stadt Halle (Saale) um die Fördergegenstände „Begrünung von Dächern“ und „Begrünung und Entsiegelung von Höfen“ zu erweitern und die Richtlinie in allen Punkten bei Notwendigkeit entsprechend anzupassen.

2. Der dieser Richtlinie zugrunde liegende Haushaltsansatz soll entsprechend höher unterlegt werden.
3. Die Änderungen sollen zum 1.1.2020 in Kraft treten.
4. Um den Bekanntheitsgrad der Richtlinie zu erhöhen, wird angeregt, neben der Bekanntmachung im Amtsblatt weitere öffentlichkeitwirksame Maßnahmen (Homepage, soziale Medien, Printmedien) durchzuführen.

**zu 9.8 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Verzicht auf Verkäufe von Anteilen kommunaler Unternehmen im Rahmen der Konsolidierungsmaßnahmen
Vorlage: VI/2019/04868**

Herr Eigendorf bat nach einleitenden Worten um Zustimmung zum Antrag.

Herr Doege sagte, dass der Antrag unnötig und nach außen hin für Unruhe und Verwirrung gesorgt hat.

Herr Scholtyssek bekräftigte die Worte von Herrn Doege. Darüber hinaus ist der Antrag unzweckmäßig und absurd.

Im Weiteren bat **Frau Müller** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister im Rahmen der Erstellung des Konzeptes zur Konsolidierung des städtischen Haushalts Optionen, die den vollständigen oder anteiligen Verkauf von kommunalen Unternehmen zum Gegenstand haben, die für die öffentliche Daseinsvorsorge, die soziale Sicherung und die strategische Entwicklung von Bedeutung sind, nicht zu verfolgen.

**zu 9.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Anpassungsmaßnahmen an geänderte Klimabedingungen
Vorlage: VI/2018/04378**

Frau Dr. Brock brachte den geänderten Antrag ein und begründete diesen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die Verwaltung dem Antrag zustimmt. Er bat Herrn Zwick um Darstellung, welche Maßnahmen die Verwaltung bereits umsetzt und weiterhin plant.

Herr Zwick informierte anhand einer Präsentation über die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes. Des Weiteren informierte er, welche Maßnahmen zur Klimaanpassung die Stadtverwaltung bereits umsetzt und welche künftig geplant sind.

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

Herr Aldag bedankte sich für die Ausführungen. Er sagte, dass bis auf die Fassadenbegrünung keine konkreten Maßnahmen genannt wurden sind bat um Zustimmung des Antrages.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass konkrete Maßnahmen benannt sind.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Frau Müller** um Abstimmung des Antrages bat.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum Juni 2019 dem Stadtrat Maßnahmen vorzulegen, die in den kommunal relevanten Handlungsfeldern (Gesundheit, Waldbewirtschaftung, Biodiversität, Natur- und Artenschutz, Stadt- und Landschaftsplanung, Bauwesen und Immobilien, Verkehr und Mobilität usw.) die Stadt widerstandsfähiger gegen die negativen Auswirkungen des Klimawandels (Trockenheit, Hitze, Starkregen) machen.

zu 9.10 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Reaktivierung des Basketballplatzes im Bereich Unterberg
Vorlage: VI/2019/04783

Herr Helmich erläuterte kurz das Ansinnen des Antrages und bat um Zustimmung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Basketballplatz am Unterberg als Projekt in das Städtebaufördermittelprogramm aufzunehmen und auf diesem Weg als öffentliche Sportanlage zu reaktivieren.

zu 9.12 Antrag der Fraktion MitBürger zum Bewerbermanagement der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04877

Herr Wolter sagte, dass der Antrag nunmehr als Anregung zu werten ist.

Abstimmungsergebnis: **Kenntnisnahme**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Einführung eines gemeinsamen Bewerbermanagement mit der Stadtwerke Halle GmbH zu prüfen. Innerhalb der datenschutzrechtlichen Rahmenbedingungen sollten folgenden Rahmenbedingungen gesichert werden:

- Nicht eingestellte Bewerber*innen vergangener Verfahren können bei Vorliegen einer passenden Stelle kontaktiert werden (Matching),
- Abgleich, ob bei anderen Ämtern, Eigenbetrieben und Beteiligungen der Stadt Halle (Saale) geeignete Bewerber*innen für offene Stellen verfügbar sind,
- Initiativbewerbungen (Hinterlegen eines Profils mit Qualifikationen) sollen möglich sein

**zu 9.13 Antrag der AfD Fraktion auf Erstellung einer Konzeption zur Begrenzung des Ausländeranteils in den Stadtvierteln von Halle und der Verhinderung des Entstehens von Parallelgesellschaften.
Vorlage: VI/2019/04775**

Herr Raue erläuterte die Intention des Antrages und den Werdegang in den Ausschüssen.

Herr Lange sagte, dass der vorliegende Antrag eine nicht umsetzbare suggerierte Pseudolösung darstellt. Er sagte, dass es keine Verdrängung oder gar Verschwörung gibt.

Herr Dr. Meerheim stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte.

Nach einer Gegenrede von **Herrn Raue** bat **Frau Müller** um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages, welchem mehrheitlich zugestimmt wurde.

Herr Raue gab eine persönliche Erklärung ab. Er sagte, dass der Rat die Thematik nicht zur Kenntnis nehmen möchte und dafür sorgt, dass er als Vertreter nicht weiter dazu sprechen darf.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. **Frau Müller** bat um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert dem Stadtrat von Halle bis zum 31.05.2019 eine Konzeption vorzulegen, die der weiteren Bevölkerungsveränderung in Halle-Neustadt, die erheblich zu Lasten der einheimischen deutschen Bevölkerung geht, wirksam begegnet. In dieser Konzeption sollen Strategien erarbeitet werden, die dauerhaft dafür sorgen, dass die Konzentration von Ausländern in bestimmten Vierteln verhindert und auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt wird. Dieses vernünftige Maß soll allen zu erwartenden gesellschaftlichen Problemen auf allen Ebenen Rechnung tragen und in der zu erarbeitenden Konzeption konkret festgelegt werden.

zu 10 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 10.1 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Einrichtung eines Behindertenbeirates sowie eines Netzwerkes Inklusion
Vorlage: VI/2019/04964**

**zu 10.1.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Einrichtung eines Behindertenbeirates sowie eines Netzwerkes Inklusion (VI/2019/04964)
Vorlage: VI/2019/05039**

Herr Schachtschneider führte in den Antrag der CDU/FDP-Fraktion ein und begründete diesen. Er verwies den Antrag in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss.

Herr Paulsen sagte, dass derzeit Prüfungen laufen, wie im Dienstleistungszentrum Migration und Integration die Netzwerkstrukturen der Beauftragten gestärkt und sichtbar gemacht werden können. Er schlug vor, den Antrag zudem in den Hauptausschuss zu verweisen.

Frau Haupt führte in den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE ein und begründete diesen.

Herr Senius sprach sich für den Änderungsantrag aus und verwies den Antrag in den Bildungsausschuss und den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

**zu 10.1.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Einrichtung eines Behindertenbeirates sowie eines Netzwerkes Inklusion (VI/2019/04964)
Vorlage: VI/2019/05039**

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Hauptausschuss,
durch Geschäftsordnungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
in den
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss
sowie
durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
in den
Bildungsausschuss
und
Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung

Beschlussvorschlag:

Der Punkt a) des Antrages wird wie folgt verändert:

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister:

- a) Die Voraussetzungen für die Errichtung eines Behindertenbeirates der Stadt Halle (Saale) ab September 2019 zu schaffen.

Grundlage bildet die Verabschiedung einer Satzung und einer Wahlordnung.

Folgende grundlegenden Aufgaben des Behindertenbeirates sollten in der Satzung enthalten sein:

- Beratung des Stadtrates und seiner Gremien sowie der Stadtverwaltung in allen Fragen der Selbstbestimmung, Teilhabe und Barrierefreiheit. Der Beirat hat dabei Das Empfehlungsrecht.
- Sensibilisierung der Öffentlichkeit und der Entscheidungsträger für die Belange von Menschen mit Behinderungen
- wirkt bei der Planung und Erstellung öffentlicher Anlagen, Einrichtungen und Vorhaben der Stadt Halle (Saale) mit; er orientiert sich dabei an der bisherigen Arbeit des Arbeitskreises der kommunalen Behindertenverbände unter der Leitung des Behindertenbeauftragten der Stadt Halle (Saale)
- Der Beirat hat ein Initiativrecht gegenüber dem Stadtrat.

- Der Behindertenbeirat wird durch einen sachkundige Einwohnerin/ einen sachkundigen Einwohner im Sozial-Gesundheits-und Gleichstellungsausschuss der Stadt Halle (Saale) vertreten (vgl. Seniorenrat der Stadt Halle (Saale))

- Dieser Beirat soll die Vertretung der Menschen mit Behinderung im ebenfalls zu gründenden kommunalen Netzwerk Inklusion sein.

Der Punkt b) wird wie folgt erweitert:

- Die grundlegenden Aufgaben des Netzwerkes sollten
 - a) die Schaffung eines Teilhabewegweisers und
 - b) die Erarbeitung eines Aktionsplanes Inklusion für die Stadt Halle (Saale) sein.

Auf die Konzeption der Stadt Halle (Saale) zum örtlichen Teilhabemanagementprojekt im Rahmen der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention sollte dabei als wesentliche Grundlage Bezug genommen werden.

**zu 10.1 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Einrichtung eines Behindertenbeirates sowie eines Netzwerkes Inklusion
Vorlage: VI/2019/04964**

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Hauptausschuss,
durch Geschäftsordnungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
in den
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss
sowie
durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
in den
Bildungsausschuss
und
Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister

- a) zu prüfen, welche Rahmenbedingungen für die Einrichtung eines Behindertenbeirates als Organ der Selbstvertretung geschaffen werden muss. Zu prüfen ist, welche Geschäfts-/Wahlordnung angemessen ist und welche natürlichen/ juristischen und Personen als Mitglieder in Frage kommen. Dieser Beirat soll die Vertretung der Menschen mit Behinderung im ebenfalls zu gründenden kommunalen Netzwerk Inklusion sein.
- b) zu prüfen, welche rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen für die Einrichtung eines kommunalen Netzwerkes Inklusion geschaffen werden müssen. Zu prüfen ist, welche Geschäfts-/Wahlordnung angemessen ist und welche juristischen (eventuell auch natürlichen) Personen als Mitglieder in Frage kommen. Mitglieder sollten auf jeden Fall die Eigenbetriebe für Arbeit und Kita sowie das Jobcenter sein. Dem Stadtrat ist ein entsprechender Bericht über die Ergebnisse/Zwischenergebnisse bis spätestens zur Sitzung des Stadtrates im April 2019 zu geben.

**zu 10.2 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Europa- und Kommunalwahl am 26. Mai 2019
Vorlage: VI/2019/04969**

Herr Schachtschneider brachte den Antrag der CDU/FDP-Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Geier merkte an, dass es sich um ein Ehrenamt der Beschäftigten handelt und auf Dienstausgleich tariflich kein Anspruch besteht. Es würde zu einer Ungleichbehandlung der Wahlhelfer kommen.

Herr Wolter erfragte den Stand der Besetzung des Wahlvorstandes und sagte, dass die Gleichbehandlung das oberste Gebot darstellt.

Herr Geier sagte, dass etwa 1.500 Wahlhelfer benötigt werden und es bisher 1.200 Zusagen gibt.

Herr Schreyer fügte hinzu, dass Prüfaufträge im Wirkungsbereich des Oberbürgermeisters unzulässig sind.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Zur Unterstützung der Gewinnung von Wahlvorstandsmitgliedern für die Europa- und Kommunalwahl am 26. Mai 2019 wird beschlossen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie die Anreize zur Mitarbeit in einem Wahlvorstand verbessert werden können. Insbesondere ist zu prüfen, ob ein Arbeitstag Dienstausgleich für die Beschäftigten der Stadt Halle (Saale) die

- Motivation zur freiwilligen Mitarbeit im Wahlvorstand erhöhen würde.
2. Der Oberbürgermeister soll die übrigen Arbeitgeber in der Stadt Halle (Saale), insbesondere die kommunalen Unternehmungen, bitten, sich diesem Beispiel anzuschließen und eine vergleichbare Regelung zu treffen.
 3. Nach erfolgter Auswertung soll geprüft werden, ob eine Fortführung dieser Praxis auch bei zukünftigen Wahlen zweckmäßig ist.

**zu 10.3 Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Instandsetzung der Gehwege im Stadtteil Giebichenstein
Vorlage: VI/2019/04974**

Herr Bernstiel führte in den Antrag ein und begründete diesen. Er verwies den Antrag in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten und in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

Herr Aldag sagte, dass die Ursachen für die Beschädigungen, wie das Falschparken und der Lieferverkehr, Beachtung finden sollten.

Herr Eigendorf sagte, dass man sich bei der Instandsetzung der Gehwege nicht nur auf bestimmte Stadtteile beschränken sollte.

Herr Raue sagte, dass ein ähnlicher Antrag zum Verzicht auf Straßenausbaubeiträge im Landtag eingebracht wurde, wo sich einige Parteien dagegen ausgesprochen haben.

Herr Scholtyssek sagte, dass sich die CDU-FDP-Fraktion für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge einsetzt.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten
und
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zur Sitzung des Stadtrates September 2019 ein Sanierungskonzept für die Instandsetzung der Gehwege im Giebichensteinviertel vorzulegen. Das Konzept ist so zu gestalten, dass bei einer Sanierung die Anwohner nicht finanziell belastet werden.

**zu 10.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE zu Zwischennutzungen bei leerstehenden städtischen Gebäuden ermöglichen
Vorlage: VI/2019/04966**

Herr Dr. Meerheim führte in den Antrag ein und begründete diesen.

Herr Bernstiel sagte, dass sich die Teilnehmer am Runden Tisch gegen die Anmietung von Räumen ausgesprochen haben und sprach sich gegen den Antrag aus.

Herr Feigl sagte, dass leerstehende Gebäude genutzt werden müssen, da diese sonst durch Vandalismus zerstört werden könnten. Er sprach sich für den Antrag aus.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass Vereine in der Regel auf die Verwaltung zugehen und Mietverträge für leerstehende Gebäude abschließen möchten. Er merkte an, dass derzeit keine Gebäude zur Verfügung stehen, welche keinen rechtlichen Beschränkungen unterliegen, und verwies den Antrag in die zuständigen Fachausschüsse.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Kulturausschuss,
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss,
Ausschuss für Stadtentwicklung
und
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Halle (Saale) wird zukünftig längerfristig leerstehende städtische Gebäude für Zwischennutzungen zur Verfügung stellen. Dies umfasst städtische Gebäude oder räumlich abgegrenzte Gebäudeteile, die mehr als sechs Monate ungenutzt leer stehen und für die innerhalb der nächsten zwölf Monate keine festgelegte Nutzung existiert bzw. für die keine (Bau-) Arbeiten vertraglich verbindlich vereinbart sind und die baurechtlich prinzipiell nutzbar sind.

1. In solchen Fällen soll der Fachbereich Immobilien, Abteilung Liegenschaften der Stadt Halle (Saale) eine Ausschreibung für eine kulturelle oder soziale Zwischennutzung durchführen.
2. Die Ausschreibung richtet sich ausschließlich an gemeinnützige kulturelle und / oder soziale Vereine, Sportvereine sowie Träger der Jugendhilfe oder Wohlfahrtspflege.
3. Dabei stellt die Stadt Halle (Saale) die Räumlichkeiten für mindestens zwei Jahre vorübergehend und befristet zur Verfügung, auf Wunsch der/ des Interessenten auch für kürzere Zeiträume. Eine weitere Verlängerung nach zwei Jahren bleibt möglich.
4. Es wird keine Mietzahlung von Seiten der Stadt Halle (Saale) verlangt, jedoch sind die Nebenkosten aus Verbräuchen durch den / die Zwischenmieter zu übernehmen.
5. Dem/ den Interessenten sind spätestens während der Ausschreibungsphase Begehungen (ggf. mit Architekten o.Ä.) zu ermöglichen. Temporäre und einfach rückbaubare Umgestaltungen in und an den Gebäuden – soweit rechtlich grundsätzlich zulässig- sollten erlaubt werden.
6. Für die derzeit leer stehenden städtischen Gebäude im Sinne dieses Beschlusses werden Ausschreibungen eingeleitet.

**zu 10.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung der Verwaltungskostensatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04967**

Frau Krischok brachte den Antrag der Fraktion DIE LINKE ein und begründete diesen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass aus dem Gesetz heraus die Arbeit innerhalb der Verwaltung vergütet werden muss und eine Einnahmeverpflichtung besteht. Er verwies den Antrag in die zuständigen Fachausschüsse.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten,
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften
und
Hauptausschuss

Beschlussvorschlag:

In § 8 (1) 6. der Verwaltungskostensatzung der Stadt Halle (Saale) wird Folgendes eingefügt:

c) Informationsstände u .ä. von nicht kommerziellen Veranstaltern, wie Vereinen, Verbänden, Parteien u. ä. zu zählen sind.

**zu 10.6 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Installation von Ampelgriffen
Vorlage: VI/2019/04987**

Herr Krause führte in den Antrag der SPD-Fraktion ein und begründete diesen. Er verwies den Antrag in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten und in den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften.

Herr Lange sagte, dass bei der Planung der Ampeln darauf geachtet werden muss, dass die Fahrradfahrer an die Ampel gelangen, um diese umschalten zu können.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten
und

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, insbesondere an den Hauptrouten des halleschen Radverkehrs (wie Merseburger Straße, Trothaer Straße-Reilstraße-Bernburger Straße-Geiststraße, Ludwig-Wucherer-Straße, Magdeburger Straße, Magistrale, Dessauer Straße-Paracelsusstraße, Delitzscher Straße usw.) bis zum 31.12.2020 die Ampeln, an denen es möglich ist, sukzessive mit sogenannten Ampelgriffen auszustatten.

**zu 10.7 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Unterzeichnung der Erklärung „2030 – Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“
Vorlage: VI/2019/04988**

Herr Dr. Wend brachte den Antrag der SPD-Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Scholtyssek sprach sich für den Antrag aus und verwies diesen in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten, in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss, in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung und in den Hauptausschuss.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
in den
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss,
Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung,
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten
und
Hauptausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt:

Die Stadt Halle (Saale) schließt sich der Erklärung „2030-Agenda – Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ (https://skew.engagement-global.de/files/2_Mediathek/Mediathek_Microsites/SKEW/Themen/Global_Nachhaltige_Kommune/Beschluesse_und_Papiere/Musterresolution_2030-Agenda.pdf) an. Stadtverwaltung und Stadtrat sind damit dazu angehalten, die von den Vereinten Nationen (VN) am 25. September 2015 verabschiedete 2030-Agenda und die darin enthaltenen Entwicklungsziele („Sustainable Development Goals“ (SDG)) im Rahmen der kommunalen Verantwortlichkeiten mit Leben zu erfüllen.

**zu 10.8 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Nutzung der sanierten
Pferderennbahn
Vorlage: VI/2019/04979**

Herr Helmich brachte den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein und begründete diesen.

Frau Dr. Marquardt sagte, dass ein gültiger Vertrag mit dem aktuellen Nutzer besteht. Sie wies darauf hin, dass die Fluthilfemittel zum Ersetzen oder zum Sanieren gedacht sind. Der Rennclub wird derzeit neu aufgestellt und wird ein Konzept vorlegen. Demnach besteht kein Bedarf an einem neuen Nutzungsvertrag.

Herr Wolter verwies den Antrag in den Sportausschuss und in den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Sportausschuss
und
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Nutzungsverträge zwischen der Stadt Halle und Dritten zur Nutzung der sanierten Anlagen der Pferderennbahn dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

**zu 10.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung des
Wirtschaftsverkehrs und Verbesserung der Luftqualität durch ein
Förderprogramm zur Anschaffung von Transportfahrrädern
Vorlage: VI/2019/04980**

Herr Rupsch brachte den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein und begründete diesen.

Herr Raue sprach sich gegen den Antrag aus.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies den Antrag in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung und in den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung
und
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ab 2020 ein Förderprogramm in Höhe von jährlich 10.000 EUR für Transportfahräder aufzulegen. Mit den bereitgestellten Mitteln soll der Kauf von Transportfahrädern mit einer Zuladung von 40 kg bis 150 kg mit einem Zuschuss von 30 % des Nettokaufpreises bis maximal 1.000 EUR pro Transportfahrrad gefördert werden. Nicht förderfähig sind Fahrräder, die vorrangig als Werbeträger dienen sowie der Erwerb und die Verwendung gebrauchter Fahrräder. Antragsberechtigt sind Gewerbetreibende, freiberuflich tätige Personen sowie gemeinnützige und öffentliche Einrichtungen mit Sitz in Halle (Saale).
2. Nach zwei Jahren Laufzeit wird das Programm evaluiert.
3. In den Förderrichtlinien wird festgelegt, dass der Weiterverkauf eines geförderten Fahrzeugs frühestens drei Jahre nach Erstkauf zulässig ist, anderenfalls ist die Fördersumme zurückzuerstatten.
4. Zu Werbezwecken für diese Initiative ist auf den geförderten Transportfahrädern ein gut sichtbarer Aufkleber des Förderprogramms anzubringen und für die Dauer von drei Jahren zu belassen.

**zu 10.10 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aufwertung des Themas Digitalisierung in der zukünftigen Stadtratsarbeit
Vorlage: VI/2019/04986**

Frau Dr. Brock führte in den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein und begründete diesen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies den Antrag in den Hauptausschuss und in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung.

Herr Wolter verwies den Antrag in den Ausschuss für Stadtentwicklung.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung
und
Hauptausschuss
sowie durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBürger
in den
Ausschuss für Stadtentwicklung

Beschlussvorschlag:

1. Der Ausschuss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) „Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung“ wird in „Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung, Digitalisierung sowie Beschäftigung“ umbenannt.
2. Der Ausschuss erhält folgende zusätzlichen Empfehlungsrechte:
 - Angelegenheiten der digitalen Infrastruktur
 - Angelegenheiten der digitalen Bildung
 - Angelegenheiten der digitalen Bürgerservices und des eGovernments
 - Angelegenheiten des digitalen Tourismusmanagements
 - Angelegenheiten der digitalen Bürgerinformation und -beteiligung
 - Angelegenheiten der digitalen Stadtentwicklung und Mobilität
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine entsprechende Änderung der Hauptsatzung und der Zuständigkeitsordnung der Ausschüsse des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) bis zur Stadtratssitzung am 24.04.2019 als Beschlussvorlage einzubringen.

zu 10.11 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu zusätzlichen Fahrradabstellplätzen am Hauptbahnhof Vorlage: VI/2019/04991

Frau Dr. Brock führte in den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein und begründete diesen.

Herr Lange sagte, dass das Rondell am Hauptbahnhof für mehr Fahrradabstellplätze nutzbar gemacht werden kann, dabei jedoch die Fußwegebeziehungen beachtet werden müssen.

Herr Doege merkte an, dass viele Fahrräder über einen längeren Zeitraum am Hauptbahnhof abgestellt werden. Er regte an, die Fahrräder, so wie am Hauptbahnhof Magdeburg, mit einem Entfernungstermin zu kennzeichnen.

Frau Ernst sagte, dass regelmäßig Fahrräder am Hauptbahnhof entfernt werden und die Besitzer im Vorfeld mit Hilfe einer am Fahrrad befestigten Banderole darüber in Kenntnis gesetzt werden, dass eine Entfernung bevorsteht.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für den Zeitraum bis zur Errichtung eines Fahrradparkhauses am Hauptbahnhof im Bereich des sog. Rondells zwischen Riebeckplatz und Hauptbahnhof eine temporäre Lösung für zusätzliche Fahrradabstellanlagen zu entwickeln und dem Stadtrat bis September 2019 einen Umsetzungsvorschlag zur Beschlussfassung vorzulegen.

**zu 10.12 Antrag der Fraktion MitBürger zur Errichtung einer Park & Bike-Station
Vorlage: VI/2019/04912**

**zu 10.12.1 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zum Antrag der Fraktion
MitBürger zur Errichtung einer Park & Bike-Station Vorlage: VI/2019/04912
Vorlage: VI/2019/05008**

Frau Winkler sagte, dass der Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion in den Antrag übernommen wurde und warb um Zustimmung.

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

**zu 10.12.1 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zum Antrag der Fraktion
MitBürger zur Errichtung einer Park & Bike-Station Vorlage: VI/2019/04912
Vorlage: VI/2019/05008**

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt ~~bis September 2020~~ **zu prüfen, inwieweit die Einrichtung einer Park & Bike-Station bis September 2020 im nordöstlichen Randgebiet der Stadt Halle (Saale) machbar und sinnvoll ist.**

Neben **der Schaffung von** Pkw-Stellplätzen sowie einer überdachten Fahrradabstellanlage ~~sind Fahrradschließboxen und Lademöglichkeiten für E-Fahrräder und E-Autos zu errichten.~~ **umfasst die Prüfung die Errichtung von** ~~sind~~ Fahrradschließboxen und Lademöglichkeiten für E-Fahrräder und E-Autos.

Eine gute Anbindung an die ~~Rad~~ **Verkehrsinfrastruktur** ~~sowie an die Bundesstraße 400 für Rad, ÖPNV und MIV~~ ist zu gewährleisten.

Der Prüfbericht ist dem Stadtrat bis November 2019 zur Kenntnis zu geben und enthält insbesondere Aussagen zu nachfolgenden Kriterien:

- a) Bedarf / Bedarfsprognose über die nächsten 20 Jahre
- b) Kosten / Folgekosten / Finanzierung
- c) **Betriebung / Unterhaltung**

- ~~2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Potenzialflächen für weitere Park & Bike-Stationen im Stadtgebiet der Stadt Halle (Saale) zu identifizieren. Die Ergebnisse der Analyse sind dem Stadtrat in seiner Sitzung im November 2019 vorzulegen.~~

Unter Beachtung der unter 1. aufgeführten Kriterien prüft die Stadtverwaltung, inwieweit sich weitere Standorte im Stadtgebiet eignen, hier Park & Bike-Stationen einzurichten.

zu 10.12 Antrag der Fraktion MitBürger zur Errichtung einer Park & Bike-Station
Vorlage: VI/2019/04912

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die Einrichtung einer Park & Bike-Station bis September 2020 im nordöstlichen Randgebiet der Stadt Halle (Saale) machbar und sinnvoll ist.

Neben der Schaffung von Pkw-Stellplätzen sowie einer überdachten Fahrradabstellanlage umfasst die Prüfung die Errichtung von Fahrradschließboxen und Lademöglichkeiten für E-Fahrräder und E-Autos.

Eine gute Anbindung an die Verkehrsinfrastruktur für Rad, ÖPNV und MIV ist zu gewährleisten.

Der Prüfbericht ist dem Stadtrat bis November 2019 zur Kenntnis zu geben und enthält insbesondere Aussagen zu nachfolgenden Kriterien:

- a) Bedarf / Bedarfsprognose über die nächsten 20 Jahre
- b) Kosten / Folgekosten / Finanzierung
- c) Betreibung / Unterhaltung

Unter Beachtung der unter 1. aufgeführten Kriterien prüft die Stadtverwaltung, inwieweit sich weitere Standorte im Stadtgebiet eignen, hier Park & Bike-Stationen einzurichten.

zu 10.13 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle zur Aufstellung einer Konzeption für die Haushaltskonsolidierung und Rückführung der Kassenkreditverschuldung der Stadt Halle
Vorlage: VI/2019/04992

Herr Raue führte in den Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle ein und begründete diesen.

Herr Geier sagte, dass die Verwaltung nicht versäumt hat, einen Konsolidierungsplan vorzulegen, sondern ein Konsolidierungspfad in den Haushaltsberatungen zum Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2019 aufgezeigt wurde. Er sagte, dass die Vorlage des Konzeptes bis zum 30.09.2019 realisierbar ist.

Herr Raue merkte an, dass bereits im Jahr 2018 mit der Planung zu Einsparmaßnahmen hätte begonnen werden können. Er sagte, dass man sich nicht bis zum 30.09.2019 mit dem Konsolidierungskonzept Zeit lassen muss.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum 24.04.2019 eine Konzeption zu erarbeiten, welche im Rahmen der Haushaltskonsolidierung den Abbau der Liquiditätskredite der Stadt Halle, im vom Landesverwaltungsamt vorgegebenen Zeitrahmen und auf die gesetzlich zulässige Höhe sicherstellt.

zu 11 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Herr Wolter stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Erledigung des Tagesordnungspunktes 11.

Frau Müller bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages auf Erledigung des Tagesordnungspunktes.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

**zu 11.1 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Vermeidung und Bekämpfung der Korruption innerhalb der Stadtverwaltung Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04951**

Abstimmungsergebnis: **erledigt**

**zu 11.2 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zum Einsatz nicht hallescher Feuerwehren in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04952**

Abstimmungsergebnis: **erledigt**

**zu 11.3 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zum kommunalen Wohnungsbau
Vorlage: VI/2019/04953**

Abstimmungsergebnis: **erledigt**

**zu 11.4 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Alten Schmiede in Kanena
Vorlage: VI/2019/04954**

Abstimmungsergebnis: **erledigt**

zu 11.5 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zu Hochwasserschutzmaßnahmen für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04955

Abstimmungsergebnis: erledigt

zu 11.6 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zum Runden Tisch „Freiraumkonzept soziokulturelle Zentren“
Vorlage: VI/2019/04956

Abstimmungsergebnis: erledigt

zu 11.7 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Bekämpfung von illegaler Gastronomie und Diskotheken in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04970

Abstimmungsergebnis: erledigt

zu 11.8 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zur Sanierung des Ufers in Planena
Vorlage: VI/2019/04957

Abstimmungsergebnis: erledigt

zu 11.9 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum "Gestaltungsplan Wildentenweg"
Vorlage: VI/2019/04965

Abstimmungsergebnis: erledigt

zu 11.10 Anfrage des Stadtrates Sten Meerheim zur Sportstätte an der Steinstraße 17 A
Vorlage: VI/2019/04968

Abstimmungsergebnis: erledigt

zu 11.11 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu den Sachmittelbudgets der QuartiersmanagerInnen
Vorlage: VI/2019/04983

Abstimmungsergebnis: erledigt

zu 11.12 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Antwort der Verwaltung auf die Anfrage zur Umsetzung des Wohnungspolitischen Konzeptes 2018 der Stadt Halle (Saale) (VI/2019/04876)
Vorlage: VI/2019/04984

Abstimmungsergebnis: erledigt

zu 11.13 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Finanzierung von Hochwasserfolgemaßnahmen
Vorlage: VI/2019/04972

Abstimmungsergebnis: erledigt

zu 11.14 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung des Konzeptes für eine Dekade kultureller Themenjahre in Halle (Saale) 2020-2030
Vorlage: VI/2019/04973

Abstimmungsergebnis: erledigt

zu 11.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beteiligung mit einem Projekt am Bundesprogramm "Blaues Band Deutschland"
Vorlage: VI/2019/04976

Abstimmungsergebnis: erledigt

zu 11.16 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Sperrpfosten und Pollern an Radverkehrsverbindungen
Vorlage: VI/2019/04977

Abstimmungsergebnis: erledigt

zu 11.17 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung des Tourismuskonzeptes
Vorlage: VI/2019/04978

Abstimmungsergebnis: erledigt

zu 11.18 **Anfrage der Fraktion MitBürger zu Fahrradverleihsystemen**
Vorlage: VI/2019/04981

Abstimmungsergebnis: erledigt

zu 11.19 **Anfrage der Fraktion MitBürger zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG)**
Vorlage: VI/2019/04982

Abstimmungsergebnis: erledigt

zu 11.20 **Anfrage der AfD Stadtratsfraktion zur Richtlinie in den Quartieren**
Vorlage: VI/2019/04994

Abstimmungsergebnis: erledigt

zu 11.21 **Anfrage der AfD Stadtratsfraktion zur Sonderprüfung im Halloren- und Salinemuseum**
Vorlage: VI/2019/04995

Abstimmungsergebnis: erledigt

zu 11.22 **Anfrage der AfD Stadtratsfraktion zum perspektivischen Einsatz von Dokumentenprüfgeräten in den Meldeämtern der Stadt Halle Saale**
Vorlage: VI/2019/04996

Abstimmungsergebnis: erledigt

zu 12 **Mitteilungen**

zu 12.1 **Berichterstattung über aktuelle Bauprojekte**
Vorlage: VI/2019/04799

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 12.2 **Mitteilung zum IT-Konzept IT macht Schule**

In Abstimmung mit den Stadtratsmitgliedern wurde Herrn Siebenhühner das Rederecht erteilt.

Herr Siebenhühner führte anhand einer Präsentation in das IT-Konzept „IT macht Schule“ ein.

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

Es gab keine Wortmeldungen.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 13 mündliche Anfragen von Stadträten

zu 13.1 Anfrage des Stadtrates Christian Feigl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zu Baumaßnahmen in der Hafestraße

Herr Feigl fragte, welche Prüf-, Bau- und Sicherungsmaßnahmen derzeit auf dem Gelände der Hafestraße stattfinden und ob die im Bebauungsplan geforderten Maßnahmen zur Absicherung von Umweltfolgen entsprechend durchgeführt wurden.

Herr Rebenstorf sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 13.2 Herr Schiedung zum Schülershof

Herr Schiedung fragte, ob die Gefahr besteht, dass Fördermittel verfallen, da bisher keine Baumaßnahmen stattfanden.

Herr Rebenstorf sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Weiter fragte **Herr Schiedung**, wie die Stadtverwaltung die rechtliche Situation bei der Absicherung des Schulhofes bei der Umsetzung eines offenen Schulhofes bewertet und ob der Schulleiter seiner Aufsichtspflicht genügen kann.

Herr Rebenstorf sagte, dass eine bauliche Abgrenzung mit Pollern stattfinden soll. In den Bereichen um die Schule herum soll die Schulleitung ebenfalls die Möglichkeit haben, in gewissen Zeiten ihr Hausrecht auszuführen.

zu 13.3 Herr Scholtyssek zum Haushalt

Herr Scholtyssek fragte, wann der Rat in die Prozesse der Haushaltskonsolidierung einbezogen wird und ob dies noch vor dem 30.09.2019 erfolgt.

Herr Geier bejahte dies. Der zeitliche Ablauf wird derzeit innerhalb der Stadtverwaltung erörtert.

zu 13.4 Herr Scholtyssek zur Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zum Runden Tisch „Freiraumkonzept soziokulturelle Zentren“

Herr Scholtyssek fragte, wie an einem Konzept gearbeitet und Workshops durchgeführt werden können, wenn keine Kriterien zur Bedarfsermittlung bzw. Raumermittlung genannt werden können.

Frau Dr. Marquardt sagte, dass bereits 3 Sitzungen des Runden Tisches stattfanden und festgestellt wurde, dass es verschiedene Bedürfnisse gibt. Das Konzept beinhaltet daher Angebote, welche sich an den verschiedenen Angeboten orientieren und zusammengestellt werden müssen. Der Konzeptentwurf soll im Mai an alle Beteiligten zurückgespiegelt und im Juni in den Stadtrat eingebracht werden.

zu 13.5 Frau Dr. Bergner zum Stadtteil Kröllwitz

Frau Dr. Bergner sagte, dass die Anwohner eigene Planungen entwickeln und sich mit Investoren beraten sollten. Sie erfragte das weitere Vorgehen und welche Absprachen es mit Berufstätigen gab. Weiter bezog sie sich auf die Verkehrsplanung und sagte, dass ein Gutachten erstellt werden sollte und in der Papiermühlenstraße bereits neue Baumaßnahmen beschlossen wurden. Sie erfragte die weiteren Planungen.

Frau Ernst verwies auf die Beantwortung der Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum "Gestaltungsplan Wildentenweg". Sie sagte, dass die nächste Zukunftswerkstatt für Juni 2019 vorgesehen ist.

zu 13.6 Frau Winkler zu Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen

Frau Winkler fragte, ob die Nachfragen nach Flächen für externe Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen Dritter in der Vergangenheit immer bedient werden konnten. Weiter, in welcher Größenordnung Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen aktuell zur Verfügung stehen und unter welchen Produktnummern Ersatzzahlungen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Haushalt aufgeführt werden.

Herr Rebenstorf sagte eine schriftliche Antwort zu.

zu 13.7 Frau Winkler zur Zugbildungsanlage

Frau Winkler fragte, wann die Ergebnisse der Lärmmessungen veröffentlicht werden.

Herr Rebenstorf sagte eine schriftliche Antwort zu.

zu 13.8 Frau Winkler zu Hundewiesen

Frau Winkler fragte, wann die Mängel an den Einzäunungen an der Hundewiese im Pestalozzipark behoben werden.

Frau Ernst sagte, dass derzeit ein Projekt initiiert wird, bei dem die Bürgerschaft einbezogen werden kann. Nach der Beendigung des Projekts wird im Stadtrat über den aktuellen Stand berichtet.

zu 13.9 Frau Dr. Brock zu TOP 14.1

Frau Dr. Brock bezog sich auf die Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus dem Jahr 2016 und fragte, wo die Kostangebote für die Fahrbahnsanierung in der Wielandstraße aus dem Jahr 2016 verblieben sind, welche am 14.06.2016 eingeholt wurden.

Herr Rebenstorf sagte eine Prüfung zu.

zu 13.10 Frau Dr. Brock zu Fördermitteln für Vereine

Frau Dr. Brock fragte, wann die in den Ausschüssen beschlossenen Fördermittel an die Vereine ausgereicht werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die beschlossenen Mittel vollständig ausgezahlt werden können. Bei Fördermittelanträgen über den Verwaltungsvorschlag hinaus muss gewartet werden, bis die entsprechenden Einnahmen eingegangen sind.

Frau Dr. Brock fragte, wie viele überplanmäßige Einnahmen eingegangen sind.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine Darstellung der überplanmäßigen Einnahmen zu.

zu 13.11 Frau Dr. Schöps zum Schülerticket

Frau Dr. Schöps fragte nach dem aktuellen Stand zur Einführung des kostenfreien Schülertickets.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die Prüfungen bei der HAVAG noch nicht abgeschlossen sind und die Einbringung daher noch nicht möglich ist.

Frau Dr. Schöps fragte nach einer zeitlichen Perspektive.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die Verwaltung erst reagieren kann, wenn die Prüfungen bei der HAVAG abgeschlossen sind.

zu 13.12 Frau Dr. Schöps zu Werbung an Haltestellen

Frau Dr. Schöps fragte, ob mit der HAVAG Gespräche geführt werden, weil vermehrt Zigaretten- und Alkoholwerbung an Haltestellen angebracht sind, obwohl ein Beschluss zum Verbot der Anbringung auf städtischen Flächen gefasst wurde.

Frau Ernst bestätigte dies und sagte, dass ab 01.01.2020 ein neuer Werbevertrag geschlossen werden soll.

zu 13.13 Herr Nette zum ehemaligen Gehörlosenzentrum

Herr Nette fragte, ob eine Weiternutzung oder ein Verkauf des Gebäudes geplant ist.

Frau Dr. Marquardt sagte, dass das Gebäude von Schimmel befallen ist und derzeit nicht genutzt werden kann.

zu 13.14 Herr Nette zum Kleinen Teich

Herr Nette fragte, ob der Kleine Teich von der Stadtverwaltung gereinigt wird oder ob die Fläche einer Wohnungsbaugenossenschaft gehört.

Herr Rebenstorf sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 13.15 Herr Raue zu Dokumentenprüfgeräten

Herr Raue fragte, ob auch die restlichen, schriftlich eingereichten Fragen beantwortet werden können.

Herr Geier sagte, dass die Anfragen beantwortet wurden und schlug vor, dass Herr Raue die Fragen konkretisiert.

zu 13.16 Herr Schied zur Wohnbebauung Ammendorf

Herr Schied erfragte den Stand der schriftlichen Beantwortung.

Herr Rebenstorf sagte eine Prüfung und Nachreichung zu.

zu 13.17 Herr Schied zum Hufeisensee

Herr Schied fragte, ob der Nato-Draht am Hufeisensee entfernt wurde.

Frau Ernst sagte, dass der Draht vom Eigentümer zurückgebaut wurde und keine Gefahr mehr für Spaziergänger besteht.

zu 13.18 Herr Dr. Wend zur Grundschule Kastanienallee

Herr Dr. Wend sagte, dass das Geld für Sprachlehrer nur bis Juni ausgereicht wurde und fragte, wie es für die Schule danach weiter geht.

Herr Paulsen sagte, dass die Bewilligung der Mittel immer schulhalbjahresweise erfolgt und die Bescheide dementsprechend ausgestellt sind.

zu 13.19 Herr Dr. Wend zum Graseweg

Herr Dr. Wend bezog sich auf das Falschparken und die Shisha-Bar im Graseweg und sagte, dass das Ordnungsamt die Situation verbessern könnte und wollte wissen, warum Bürgerinnen und Bürger immer wieder nachfragen müssen.

Frau Ernst sagte, dass das Ordnungsamt regelmäßige Kontrollen durchführt und Anordnungen, die Freisitze zurückzubauen, ausgestellt werden.

zu 13.20 Herr Hopfgarten zu Baumaßnahmen an der Trinkwasserleitung

Herr Hopfgarten berichtete, dass bei der Baumaßnahme Erde abgetragen wurde, welche im Franzosensteinweg in die Böschung gekippt wurde. Durch die Aufkippung mit Erde ist eine Rampe entstanden, welche es Autofahrern möglich macht die Poller zu umfahren. Er fragte, ob die Stadtverwaltung die Böschung wieder so herrichten wird, dass keine Umfahrung möglich ist.

Herr Rebenstorf sagte eine Prüfung zu.

zu 13.21 Herr Dr. Meerheim zum Eisdom

Herr Dr. Meerheim fragte, ob ein Fördermittelbescheid für den Eisdom vorliegt.

Frau Dr. Marquardt sagte, dass der Bescheid erwartet wird.

zu 13.22 Herr Dr. Meerheim zum Konzept Stadtteilzentrum Neustadt

Herr Dr. Meerheim fragte, wann das Konzept dem Rat vorgelegt wird.

Herr Rebenstorf sagte, dass es sich um das Konzept für das Stadtzentrum entlang der Scheiben handelt. Das Konzept wurde bereits im Gestaltungsbeirat und im Ausschuss für Stadtentwicklung behandelt. Eine Einbringung in die Gremien ist für April vorgesehen.

zu 13.23 Herr Dr. Meerheim zum überplanmäßigen Ertrag

Herr Dr. Meerheim bat um Erläuterung der Zahlen zum überplanmäßigen Ertrag im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften.

zu 13.24 Herr Dr. Meerheim zur BI Kröllwitz

Herr Dr. Meerheim bemängelte die Beantwortung unter TOP 13.5.

Frau Ernst sagte, dass die Anfrage von einer falschen Annahme ausgeht und der Abstimmungsprozess mit den Bürgern und den Investoren noch nicht abgeschlossen ist. Hinsichtlich der Zukunftswerkstätten teilte sie mit, dass die Stadträtinnen und Stadträte jederzeit teilnehmen können.

Herr Dr. Meerheim sagte, dass von den Bürgerinnen und Bürgern nicht verlangt werden kann, sich mit Investoren auseinander zu setzen.

Frau Ernst sagte, dass sich die Bürgerinitiative zu diesem Verfahren bereiterklärt hat.

zu 13.25 Herr Aldag zur Nordspitze Peißnitzinsel

Herr Aldag bezog sich auf die Bäume an der Nordspitze auf der Peißnitzinsel und fragte, wann und wo Nachpflanzungen durchgeführt werden.

Herr Rebenstorf sagte eine zeitnahe schriftliche Beantwortung zu.

zu 13.26 Herr Wolter zu Baumaßnahmen in der Frohe Zukunft

Herr Wolter fragte, ob eine Beschlussvorlage zur Baumaßnahme in der Gaußstraße in den Stadtrat eingebracht wird.

Herr Rebenstorf verneinte dies.

zu 13.27 Herr Feigl zu Verkehrsverstößen in der Altstadt

Herr Feigl fragte, wie man gegen Verkehrsverstöße in der Altstadt vorgehen möchte.

Frau Ernst antwortete, dass das Ordnungsamt regelmäßig Kontrollen durchführt und gegebenenfalls Bußgelder verhängt. Sie bat darum, die Verwaltung über konkret festgestellte Verkehrsverstöße zu informieren.

zu 13.28 Herr Schied zur BI Kröllwitz

Herr Schied sagte, dass kein Dialog mit dem Investor stattfand und fragte, warum über falsche Tatsachen berichtet wird.

Frau Ernst sagte, dass es einen Dialog zwischen der Bürgerinitiative und dem Investor gegeben hat. Der Rat kann über das Ergebnis der Abstimmungen beraten.

zu 13.29 Frau Dr. Bergner zu BI Kröllwitz

Frau Dr. Bergner fragte, ob die Bebauungsplanverfahren bis zur nächsten Zukunftswerkstatt im Juni eingestellt werden.

Frau Ernst sagte, dass die Stadtverwaltung die Abstimmungen zwischen Bürgerinitiative und Investor begleitet. Derzeit erfolgt die Auswertung der Verkehrssituation. Die Ergebnisse können voraussichtlich in der Zukunftswerkstatt im Juni vorgestellt werden. Dem Rat wird anschließend eine Beschlussvorlage zur Beratung vorgelegt.

zu 13.30 Herr Schied zur BI Kröllwitz

Herr Schied sagte, dass zu einem Dialog zwei Personen gehören.

Frau Ernst sagte, dass auch ein Dialog stattfinden kann, wenn der Stadtrat nicht involviert ist.

zu 14 Anregungen

zu 14.1 Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Wielandstraße im Paulusviertel Vorlage: VI/2019/04985

Die Wielandstraße im Paulusviertel ist stellenweisen in einem äußerst schlechten Zustand. Vor dem Hintergrund, dass dies eine vielgenutzte Radstrecke innerhalb des Paulusviertels ist und man derzeit Schlangenlinie um die vielen Schlaglöcher herumfahren muss, regt die SPD-Fraktion an, dass im Rahmen der Frühjahrsreparaturen die gravierendsten Gefahrstellen beseitigt werden.

zu 14.2 Frau Haupt zum Hort Kinderpark Wiener Straße

Frau Haupt regte an, in der Straße der Befreiung, Ecke Hildesheimer Straße, einen Fußgängerüberweg zu errichten, Kontakt mit dem Hort aufzunehmen und auch das betreute Wohnen der Frohen Zukunft mit einzubeziehen.

zu 14.3 Herr Senius zum wohnungspolitischen Konzept

Herr Senius regte an, eine stadträumliche Differenzierung bei der Festlegung der Kosten der Unterkunft vorzusehen. Weiter regte er an, das wohnungspolitische Konzept anzupassen und einen Mietspiegel zu erstellen.

zu 14.4 Herr Scholtyssek zu Anfragen im Stadtrat

Herr Scholtyssek regte an, sich mit den örtlichen Gegebenheiten vertraut zu machen, bevor zu diesen im Stadtrat Anfragen gestellt werden.

zu 14.5 Herr Scholtyssek zum Stadtratsvorsitz

Herr Scholtyssek regte die Stadtratsvorsitzende an, während der Stadtratssitzung auf die Handynutzung zu verzichten.

zu 14.6 Herr Feigl zur Hafestraße

Herr Feigl regte an, zeitnah zu prüfen, ob Baugenehmigungen vorliegen und Maßnahmen durchgeführt werden, welche im Bebauungsplan vorgesehen sind.

zu 14.7 Herr Raue zur Heidestraße

Herr Raue regte an, das Rohr an der Fahrbahnabgrenzung zu reparieren und den Bauzaun zu entfernen.

zu 14.8 Herr Schied zu Anfragen im Stadtrat

Herr Schied bezog sich auf die Anregung von Herrn Scholtyssek und sagte, dass sich Stadträte bei Anregungen und Anfragen mit allen Aspekten umfangreich befassen sollen.

zu 15 Anträge auf Akteneinsicht

Anträge auf Akteneinsicht lagen nicht vor.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** beendete die öffentliche Sitzung des Stadtrates und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Katja Müller
Vorsitzende des Stadtrates

Maik Stehle
Protokollführer